

Wöchentlich 85 Pfg., monatlich 2,60 M. im voraus zahlbar, Postbezugs 4,32 M. einjährl. Bestellgeld, Auslandsbekanntmachung 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Kulturteil, Beilagen „Welt und Zeit“ und „Rotes Kreuz“, Bremer Unterhaltung und Wissen“, Braunschweig, „Lebend“, Bild in die Wälder“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einzige in der Kampagnezeit 80 Pfennig. Beilagezeitung 2.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das letzte Sonntags Blatt 25 Pfennig (täglich zwei (zwei) Pfennig). Jedes weitere Blatt 12 Pfennig. Stellenanzeigen das erste Blatt 15 Pfennig, jedes weitere Blatt 10 Pfennig. Worts über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 2, wochentags von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Köpenick 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Köpenick, 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Rechtsblock trotz Volksentscheid!

Schwabenfreiche des Zentrums. — Bazille macht Kultus!

Stuttgart, 8. Juni. (Eigenbericht.)

Der Württembergische Landtag wählte am Freitag nachmittags entgegen den anfänglichen Erwartungen den bisherigen Innenminister Holz (Z.) zum Staatspräsidenten von Württemberg. Vor der Wahl gab im Namen der sozialdemokratischen Fraktion deren Vorsitzender, Abgeordneter Ulrich, folgende Erklärung ab:

„Die Landtagswahl vom 20. Mai bedeutet eine Vertrauensumgebung für die Sozialdemokratische Partei und eine Niederlage der bisherigen Regierungskoalition. Die sozialdemokratische Fraktion als die stärkste des neuen Landtages hat daher die Bildung einer Regierung gefordert, in der sie gemäß dem Willen und den Erwartungen des württembergischen Volkes nach ihrer Stärke vertreten sein würde. Die Zentrumspartei, mit der die Sozialdemokratie zu diesem Zwecke in Verbindung getreten ist, hat nach 14tägiger Frist kurz vor Beginn der heutigen Sitzung mitgeteilt, daß sie im Zusammenwirken mit Bürgerpartei und Bauernbund eine der späteren Erweiterung durch andere Parteien zugängliche Regierungsbildung vorzunehmen beschloßen habe und die Wahl des Herrn Holz zum Staatspräsidenten vorschläge.

Die sozialdemokratische Fraktion erklärt in diesem Beschluß eine Mißachtung des durch das Wahlergebnis zum Ausdruck gekommenen Volkswillens, für deren Auswirkungen das Zentrum die Verantwortung vor dem Volke zu tragen hat.

Unter erneuter Betonung ihrer Bereitwilligkeit zur verantwortlichen Mitarbeit schlägt die sozialdemokratische Fraktion ihrerseits für das Amt des Staatspräsidenten den Abgeordneten Keil vor.

Von den 80 abgegebenen Stimmzetteln entfielen auf den bisherigen Innenminister Holz (Z.) 39 Stimmen, Keil (Soz.) 22, Schrad (Komm.) 6, Ströbel (Bauernbund) 1, während 12 Zettel unentschieden und mithin ungültig waren. Holz hatte die Mehrheit der gültigen Stimmen erhalten. Er wurde mit den Stimmen der Deutschen Nationalen, des Bauernbundes, des Zentrums und des Christlichen Volksdienstes gewählt.

Holz nahm nach erfolgter Wahl sofort das Wort zu einer Erklärung, deren einzelne Sätze von stürmischen Protestrufen aus den Parteien der Linken begleitet wurden. Er sagte, daß er das Amt einem politischen Gebot folgend an-

nehme. Das Zentrum habe dieses Amt nicht erstrebt, und er hoffe, es bald an einen anderen abtreten zu können. Er lade alle Kreise des Landtages zur Mitarbeit ein und werde bemüht sein, ruhig und sachlich zu arbeiten, um eine Verschärfung der Parteigegensätze zu vermeiden. (Zuruf des Abg. Keil: „Eine größere Verschärfung der Parteigegensätze ist gar nicht denkbar!“) Sodann teilte Holz die neue Ministerliste mit. Er werde das Ministerium des Innern übernehmen, sein Zentrumskollege Begerie das Justiz- und Wirtschaftsministerium, der Deutschnationale Dehlinger das Finanzministerium und der Deutschnationale Bazille das Kultusministerium.

Die Nennung des Namens Bazille rief einen Entrüstungsturm hervor, wie er wohl selten im Württembergischen Landtag zu hören war und löste sofort

zwei Mißtrauensanträge

aus. Der sozialdemokratische Antrag lautet: „Die Regierung besitzt nicht das Vertrauen des Landtages.“ Er wurde mit 40 Rein-Stimmen (Zentrum, Deutschnationale, Bauernbund, Christlicher Volksdienst) gegen 36 Ja-Stimmen (Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten) bei vier Enthaltungen (Deutsche Volkspartei) abgelehnt. Der demokratische Antrag lautete: „Der Kultusminister Bazille hat nicht das Vertrauen des Landtages.“ Für diesen Antrag stimmten 40 Abgeordnete, und zwar die ganze Linke einschließlich der Deutschen Volkspartei. Dagegen stimmten 39 Abgeordnete von der Rechten, vom Zentrum und vom Christlichen Volksdienst, während sich ein Abgeordneter dieser letzteren Gruppe der Stimme enthielt. Da Enthaltung als Rein zählt, war der Antrag mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Der demokratische Abgeordnete Schref stellte zutreffend fest, daß die Forderung der Verfassung, wonach die Regierung das Vertrauen des Landtages besitzen muß, tatsächlich nicht erfüllt sei. Da nur 39 Stimmen gegen das Mißtrauensvotum abgegeben worden seien, sehe vielmehr fest, daß Bazille das Vertrauen des Landtages nicht besitze. Mit dieser Feststellung ging man auseinander.

Am Dienstag, dem 19. Juni, wird der Landtag eine Erklärung der neuen Regierung entgegennehmen.

tigen Absichten befaßen könne. Falls gegen deutsche Ingenieure und Industrielle ein Verdacht bestünde, so würde die Sowjetunion die Frage ihrer Heranziehung zur Mitarbeit revidieren. Inbesonderes arbeite jetzt in der Sowjetunion eine beträchtliche Anzahl deutscher Techniker und Ingenieure, auf die der Prozeß nicht den geringsten Schatten werfe. Der Oberste Gerichtshof werde die Angelegenheit gerecht prüfen und sich durch keinerlei politische Motive leiten lassen, sondern lediglich durch das Sowjetrecht. Würden sich die Deutschen als schuldig erweisen, so würden sie wie jeder Angeklagte nach dem entsprechenden Gesetzesparagrafen verurteilt werden. „Ich glaube“, sagte Kalinin, „wenn der Prozeß zu Ende ist, wird die deutsche öffentliche Meinung einsehen, daß mit der Belangung der Deutschen keinerlei politische Zwecke verfolgt werden, und daß ihre Belangung unermesslich war. Durch die Gerichtsverhandlung wird der Zwischenfall erledigt werden.“

Parlamentstrach in Belgrad.

Sieben Oppositionelle ausgeschlossen.

Belgrad, 8. Juni.

Für die heutige Sitzung der Stupschina waren in und vor dem Haus besondere Sicherheitsmaßnahmen getroffen, um Demonstrationen zu verhindern. Gleich nach Verlesung des Protokolls provozierte die Opposition eine längere Debatte über das Protokoll. Hierauf beantragte der Präsident, daß sieben Abgeordnete der Opposition wegen ihres Verhaltens in der letzten Sitzung für je drei Sitzungen ausgeschlossen werden. Die Opposition nahm diesen Antrag mit stürmischem Protest auf. Der Präsident erteilte zwei vom Ausschluß Bedrohten das Wort. Beide erklärten, daß sie sich dem Beschluß der Mehrheit nicht unterwerfen würden, weil diese Mehrheit von der Polizei und nicht vom Volke gewählt worden sei. Sie würden nur der Gewalt weichen. Das Haus beschloß mit großer Mehrheit, diese Abgeordneten, Anhänger der Raditsch-Tribitschewitsch-Partei, auch zwei jerbische Agrarier, für je drei Sitzungen auszuschließen. Sofort danach schloß der Vorsitzende die Sitzung.

Bei dem Attentat auf Premierminister Lonaka sollen Abg. Ratsumura durch Dolmetsch ins Bein und ein Geheimbeamter leicht verletzt worden sein, als sie den Täter zu überwältigen suchten.

Ein veto des Präsidenten Cooldige hat das Zustandekommen eines Gesetzes verhindert, wodurch die während des Krieges errichtete große Nitrogenfabrik am Ruscie Shoals-Staudamm des Tennessee-Flusses in staatlichen Betrieb genommen werden sollte.

Parlament, wehre dich!

Landtagseröffnung mit Prügel und Radan.

In der gestrigen Eröffnungssitzung des neugewählten Preussischen Landtags haben sich widerwärtige und beschämende Szenen abgespielt, die sich im Interesse des Ansehens der parlamentarischen Demokratie auf keinen Fall wiederholen dürfen.

Zunächst eine Bemerkung: es ist in allen Parlamenten der Welt seit jeher Sitte, daß die erste Sitzung vom ältesten Mitglied eröffnet und geleitet wird, bis der vom Haupte gewählte reguläre Präsident sein Amt antritt. Bisher galt das als eine Selbstverständlichkeit. Seitdem es aber Parteien im Parlament gibt, die das Rowdytum für eine besondere Tugend halten, muß man sich fragen, ob man an dieser Einrichtung des Alterspräsidenten länger festhalten soll: denn sie wirkt sich als eine Art Prämie für Kuppel aus, die die Schwäche und Hilflosigkeit eines achtzigjährigen Greises mißbrauchen, um im Parlamentsaal die tollsten Exzesse aufzuführen.

Schon während der Rede des 84jährigen Posa-dowsky, die doch wahrhaftig keiner Partei wehretun konnte, gefielen sich einige Kommunisten darin, mit sinnlosen Zwischenrufen und Gebrüll die Stimme des Alten zu überdönen. Besonders tat sich dabei, neben einigen Neulingen, der bereits vom früheren Landtag her fassig bekannte Kommunist Kasper hervor. Wenn ihn schon die fast fünfzig Jahre Altersunterschied, die ihn von Posa-dowsky trennen, nicht hemmen, so hätte er sich doch durch die frühere gemeinsame Richtungszugehörigkeit zu einer anständigen Tonart bewegen lassen sollen: zu einer Zeit, in der Posa-dowsky noch deutschnationaler Abgeordneter war, gehörte nämlich besagter Kasper dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband an. Aber offenbar will Kasper durch besonders brutales Benehmen seine politischen Anfänge vergessen lassen.

Nach diesem verheißungsvollen Auftakt gab es sogleich eine unerhörte Steigerung. Die Kommunisten beantragten die Freilassung zweier ihrer neugewählten Abgeordneten, Zobel und Bronn, die auf Grund eines Reichsgerichts-urteils Festungsstrafen in Gollnow verbüßen. Alle Parteien waren vorher unterrichtet, die sofortige Besprechung und Annahme des Antrages war eine Selbstverständlichkeit. Nach der Geschäftsordnung genügt allerdings der Widerspruch eines einzigen Abgeordneten, um zu verhindern, daß ein nicht auf der Tagesordnung befindlicher Antrag sofort beraten werde. Kein Deutschnationaler, kein Rationalsozialist widersprach. Da erhob sich plötzlich und unerwartet von der hintersten Reihe der Rechten ein einzelner Widerspruch. Es war, wie man später erfuhr, der „Christlich-nationale“ Bauernabgeordnete Ponsia, der vor etwa acht Jahren schon die Öffentlichkeit beschäftigt hat, als er, damals Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium, den damaligen preussischen Landwirtschaftsminister, Genossen Otto Braun, verleumdete.

Dieser Widerspruch war eine sinnlose Behässigkeit. Praktisch wurde dadurch zwar nur eine Verzögerung von nicht einmal 24 Stunden erreicht. Politisch betrachtet, war diese Demonstration eines Aufenseiters eine Verletzung der elementarsten Anstandspflicht und obendrein eine Herausforderung des gesamten Landtages, nicht nur etwa der Kommunisten allein.

Nun spielte sich eine ekelhafte Szene ab: während ein Teil der Kommunisten die wildesten Schimpfworte ausstieß, denen der Alterspräsident hilflos gegenüberstand, begaben sich etwa 12 bis 15 von ihnen unter Führung eines Jünglings in Rot-Front-Uniform langsam, ohne eine Spur von äußerer Erregung, nach der rechten Seite des Hauses. Dann stürzten sich vier oder fünf Mann auf Ponsia und schlugen abwechselnd mit Häuten auf ihn ein, bis er schließlich stark blutend verschwand. An sich war das keine Heldentat: die Kommunisten hatten Ponsia, als er zur allgemeinen Verblüffung seinen Widerspruch erhob, u. a. „Feiger Hund!“ zugerufen. Aber ist es ein Beweis der eigenen Tapferkeit, wenn man zu fünf Mann, mit zehn weiteren Freunden als Rückendeckung, über einen einzelnen herfällt?

Noch auffällender war aber das Verhalten der eigenen Freunde und Nachbarn des Angegriffenen: da standen oder saßen sie zum Teil mit Stahlhelmbrechen geschmückt, diese „Frontsoldaten“ in unmittelbarer Nähe, aber kein Bauernabgeordneter, kein Deutschnationaler, kein Bäckler rührte sich, um den Einzigen zu schützen oder auch nur um auf die Kommunisten beruhigend zu wirken. Mit schlotternder Angst betrachteten diese schwarz-weiß-roten Helden die ganze Szene, die mindestens zwei Minuten dauerte! Später allerdings, als der Verletzte mit verbundenem Kopfe in den Saal zurückkehrte, da drängten sie sich um ihn und schüttelten ihm solidarisch die Hand. Hui Teufel!

Der Herr Ponsia kann nach seinem provokatorischen Verhalten keinerlei Mitleid beanspruchen. Eine ganz andere Frage ist aber die, ob das faustrecht mit der verstärkten kommunistischen Fraktion seinen Einzug ins Parlament halten darf. Der Herr

Ruhe im besetzten Peking.

Weitere Todesopfer des Attentats von Mukden.

Peking, 8. Juni.

Die südhinesischen Truppen haben morgens 10 Uhr in voller Ruhe und Ordnung Peking in Besitz genommen.

London, 8. Juni. (Eigenbericht.)

Eine Meldung aus Peking besagt, daß mehrere tausend Mann von der Kuomintang-Armee des Generals Feng Yu Hsiang den südlichen Teil Pekings besetzt haben. In der Stadt ist Kriegszustand verkündet. Durch den Übergang Pekings an die Sibirarmee ist bisher eine Störung nicht eingetreten.

Ein offizielles Telegramm aus Mukden besagt, daß Wutschungsheng, der Gouverneur der Provinz Hei Lung Kiang, und Kote Hu, ein früherer Zivilgouverneur Tschangscholins, an den Folgen ihrer beim Bombenattentat erlittenen Wunden gestorben sind. Die Meldung enthält eigentümlicherweise nichts über das Befinden Tschangscholins.

Auslegung des Schacht-Prozesses.

Die Erklärung Kalinins.

Moskau, 8. Juni 1928.

„Sowjetija“ veröffentlicht den ausführlichen Text der Erklärung Kalinins auf dem Kongreß der Kollektivwirtschaftsbetriebe über die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland im Zusammenhang mit dem Schacht-Prozeß. Kalinin betont, diese Beziehungen könnten durch Einzelfälle wie Verhaftungen von Staatsbürgern eines der beiden Länder eine Verberung nicht erfahren. Er wies die Vermutungen als ungeheuerlich zurück, die Sowjetregierung habe die Beschuldigung Deutscher künstlich konstruiert, und erklärte unter Hinweis auf die zehnjährige Politik der Sowjetunion gegenüber Deutschland, es gebe nicht die geringste Veranlassung zu ferartigen Vermutungen. Es würden drei Personen gerichtlich belangt, gegen die konkrete Beweise vorlägen, obwohl gegen eine größere Anzahl Personen Indizien vorhanden seien. Die Beziehungen zu Deutschland müßten sich durch diesen Prozeß nicht nur nicht verschlechtern, sondern verbessern. Auch die Behauptungen, die Sowjetunion wolle durch den Prozeß die deutsche Industrie und die deutschen Firmen compromittieren, wies Kalinin mit aller Entschiedenheit zurück. In der Sowjetunion werde vielmehr, wie Aussagen von Sowjetführern ergeben, die deutsche Industrie die eine Schädigungsarbeit nicht beachtliche, hoch geschätzt. Es werde nicht geglaubt, daß der führende Teil der Industriellen sich mit derar-

Unwürdiger Landtagsbeginn.

Kommunistenradau ohne Ende. — Brutaler Angriff auf einen Abgeordneten.

Mißbrauch der Tribüne zu Rot-Front-Spektakel.

Schon lange vor Beginn der gestrigen Eröffnungssitzung des Landtags sind Haus und Tribüne stark belebt. Auf dem Platz des wieder in den Landtag zurückgekommenen Sozialdemokraten Adolf Hoffmann steht ein Strauß dunkelroter Nelken.

Altpräsident Graf v. Bodojewsky eröffnet die erste Sitzung des dritten Landtags um 4 1/2 Uhr, wird jedoch von den Kommunisten sofort lärmend mit den Rufen unterbrochen: Nieder mit der Koalitionsregierung! Raus mit den politischen Gefangenen! Amnestie!

Die Ansprache des Altpräsidenten.

Als endlich Ruhe eingetreten ist, stellt Graf v. Bodojewsky fest, daß er das älteste Mitglied des Hauses ist und übernimmt das Präsidium bis zur Wahl des endgültigen Bureau's. Als Bodojewsky dem Reichspräsidenten (Soz.), Delze (Dnat.), Frau Giese (Z) und Paul Hoffmann (Komm.)

Der Altpräsident begrüßt sodann die Abgeordneten, wobei er sofort wieder von den Kommunisten lärmend unterbrochen wird: „Die Abgeordneten sitzen in den Gehirnschalen!“ Immer wieder von den Kommunisten durch lärmende Zwischenrufe unterbrochen, betont der Altpräsident, daß die eigene Verantwortung jedes Abgeordneten im neuen Volksstaat schwerer wiege als im alten Staat. Die Regierung habe nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, die bestehende Staatsordnung gegen jeden Versuch der Verfassungsänderung zu schützen.

Mit der bestehenden Verfassung müsse sich jeder Staatsbürger abfinden.

Diese Verfassung sichere die Gleichheit jedes Bürgers (Juris bei dem Kasse, bei dem Kasse, bei dem Kasse) und die Unverletzlichkeit des Privateigentums (Kasse bei dem Kasse, bei dem Kasse, bei dem Kasse). Der Altpräsident schließt seine Ansprache, indem er die Hoffnung ausdrückt, daß trotz aller Gegensätze eine gemeinsame Arbeit der Parteien möglich sein werde. (Zuruf bei den Rot-Soz.: Schlag mit dem Rednerstuhle für Adolf Hitler! — Schallende Heiterkeit.)

Kommunistenloch. — Aufhebung der Sitzung.

Zur Geschäftsordnung beantragt nunmehr Abg. Kasper (Komm.) einstimmige Ablehnung über die von seiner Fraktion beantragte Hattenhaltung der im Gefängnis sitzenden kommunistischen Abg. Sobel und Bruch.

Altpräsident Graf Bodojewsky stellt fest, daß das nur möglich ist, wenn kein Abgeordneter Widerspruch erhebt.

Einige Abgeordnete der Rechten erheben Widerspruch. Sofort erheben sich die Kommunisten unter lautmächtigem Rufen: Bist! Unerhört! Wer ist der Lump! Das ist ja gar kein Abgeordneter! Aufstehen, du Feindling! — Schließlich lauten die Kommunisten hinter den Bankreihen herum zur rechten Seite des Hauses und drängen den Abg. Bodojewsky (Bauern- und Landvolkpartei), der sich zu dem Widerspruch bekennt, den Gang herunter auf die Präsidentenempore zu.

Dann sollen die Kommunisten mit den Fäusten über den Abg. Bodojewsky her.

Abg. Bodojewsky versucht nur mit erhobenen Armen seinen Kopf vor den Schlägen zu schützen, während die übrigen Abgeordneten der Rechten eine Einmischung vermeiden. Von den Kommunisten hört man Rufe: Haut ihn!

Darum verläßt Altpräsident Graf Bodojewsky den Präsidentenstuhl und geht damit die Sitzung auf.

Die Kommunisten sollen endlich von dem Abg. Bodojewsky ab, während der Tumult im Hause noch anhält.

Die neue Sitzung.

Nach einer kurzen Pause, während deren sich herausstellt, daß der Abg. Bodojewsky blutende Wunden davongetragen hat,

„Geschlossene Marschroute.“

Zentrumsgrundsätze bei der Regierungsbildung.

Die „Germania“ wehrt sich gegen die Behauptungen verschiedener Blätter, daß zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie bereits Verhandlungen über die Regierungsbildung stattgefunden haben. Daran sei kein wahres Wort. Zunächst einmal würden die Vorstände der Zentrumsfraktionen im Reichstag und im Landtag eine gemeinsame Sitzung abhalten. Im übrigen warte das Zentrum die Entwidlung der Dinge in voller Ruhe ab. Dann heißt es in den Auslassungen weiter:

Es ist ganz klar, daß bei den Verhandlungen, die nunmehr vor uns stehen, von beiden Seiten eine geschlossene Marschroute gesucht und gefunden werden muß. Die Wendung der Dinge erfordert von uns das größtmögliche Maß von Geschlossenheit im Handeln und wir erwarten deshalb, daß diejenigen, denen die Führung der kommenden Verhandlungen obliegt, nach dieser Notwendigkeit zu handeln entschlossen sein werden. Wir wissen, was Verantwortung- und Pflichtgefühl von uns verlangt, wir wissen aber auch, was für Aufgaben uns unsere eigene Position auferlegt. Zutreffend hat in einer Unterredung mit der „Christlich-sozialen Nachrichten-Zentrale“ anlässlich seines Aufenthalts in Neubrand bei Scheibbs der Abgeordnete Stegerwald darauf hingewiesen, daß die Zentrumspartei seit der Rationalisierungsversammlung vor fünf Jahren den Kaiser gestellt habe und daß infolgedessen die Parteien von rechts und links sich ständig um unbehagliche Situationen herumdrücken. Wenn Stegerwald hinzusetzt: „Ob sich das Zentrum überhaupt an der Koalition beteiligen werde, hänge davon ab, welches Arbeitsprogramm die Sozialdemokraten den anderen Parteien unterbreiten würden und daneben von der gesamten Zusammensetzung des Kabinetts“, so gibt er zweifellos damit die Auffassung wieder, die sich im Zentrum überhaupt vorfindet.

Von der sozialdemokratischen Seite ist schon wiederholt betont worden, daß sie den guten Willen zur sachlichen Arbeit hat und daß sie diesen guten Willen auch von der anderen Seite erwarten muß. Sie stellt dem Reichstagsrepublikanismus das soziale und demokratische Republikanismus der Tat gegenüber und wird demgemäß handeln.

Der Sozialdemokratische Pressedienst meldet:

Die Vorstände der Zentrumsfraktionen des Reichstags und des Preussischen Landtages hielten am Freitag nachmittag eine gemeinsame Sitzung ab. Die Sitzung war vertraulich. Parteiführer wurde darüber folgende Mitteilung ausgegeben:

„In den Kreisen des zur gemeinsamen Besprechung der politischen Lage versammelten Vorstände der Zentrumsfraktionen des Reichstages und des Preussischen Landtages herrschte hinsichtlich des Vorgehens bei der Regierungsbildung im Reich und im Preussen völlige Übereinstimmung.“

In Ergänzung dieser nichtsjugendlichen Mitteilung ergehen wir,

nimmt Graf Bodojewsky wieder den Platz des Präsidenten ein. Seine Wohnung, Ruhe zu halten, wird erst nach längerer Zeit befolgt. Er schlägt sodann vor, morgen um 1 Uhr eine Sitzung abzuhalten zur Entgegennahme der Regierungserklärung.

Abg. Bied (Komm.) beantragt, auch einen Mißtrauensantrag seiner Partei auf die Tagesordnung zu setzen.

Ein Widerspruch dagegen erhebt sich nicht.

Abg. Bied (Komm.) beantragt weiter, die Regierung wolle auf eine sofortige Amnestie für alle von den Gerichten des Reichs und der Länder verurteilten Proletarier-Kriminellen. Darüber hinaus beantragte er Gewährung von Straffreiheit für die von preussischen Gerichten verurteilten oder verurteilten Proletarier.

Nachdem die Abg. Steinhoff (Dnat.) und Kube (N-Soz.) erklärt haben, daß sie dem Amnestieantrage dann nicht zustimmen können, wenn das Wort „Proletarier“ nicht wegfällt, wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und eines Teils des Zentrums beschloffen, die kommunistischen Anträge morgen auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Bied (Komm.) beantragt, auch einen Mißtrauensantrag seiner Partei auf die Tagesordnung zu setzen. Abg. Bied (Komm.) beantragt weiter, die Regierung wolle auf eine sofortige Amnestie für alle von den Gerichten des Reichs und der Länder verurteilten Proletarier-Kriminellen. Darüber hinaus beantragte er Gewährung von Straffreiheit für die von preussischen Gerichten verurteilten oder verurteilten Proletarier.

Abg. Leinert (Soz.) beantragt, daß der Reichstagsrat sofort bestellt wird, damit er morgen zusammentritt.

Abg. Kube (N-Soz.) verlangt unter großer Heiterkeit und anhaltendem Lärm Aufhebung des Rednerbotes für Adolf Hitler.

Rot-Front-Demonstration auf der Tribüne.

Als Abg. Leinert (Soz.) wieder das Wort ergreifen will, ruf ein Mann in Rotfrontkämpferuniform etwas von der Tribüne, worauf Abgeordnete der Rechten stürmisch dessen Entfernung verlangen.

Als wieder Ruhe eintritt, beantragt Abg. Leinert (Soz.) auch die sofortige Einsetzung einiger Ausschüsse.

Auf der Tribüne erhebt sich ein Mann und hält mit schreiender Stimme eine längere Ansprache, die mit einem Hoch auf die Internationale endet. Die kommunistischen Abgeordneten und einige Tribünenbesucher stimmen ein.

Als Altpräsident Graf Bodojewsky die Sitzung schließt, erhebt sich auch Abg. Bodojewsky mit verbundenem Kopf wieder im Saal. Er ist inwischen von dem Abg. Dr. Böhm (DVP.) ärztlich behandelt worden.

Der Rotfrontkämpfer auf der Tribüne bringt ein „Rot-Front!“ aus, in das die Kommunisten dreimal einstimmen.

Um 17 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Sonnabend 13 Uhr: Wahl des Präsidiums und Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Der Ketteferrat greift ein.

Der Ketteferrat des Landtags wird am Sonnabend vor der Vollziehung um 11 Uhr zusammengetreten. Er wird sich aller Voraussicht nach auch mit den Vorgängen während der Eröffnungssitzung des Landtags beschäftigen und auf strengste Handhabung der Disziplinarmassnahmen gegen Abgeordnete, die die Ordnung des Hauses gröblich verletzen, drängen. Die Entrüstung über die Vorgänge am Freitag ist außerordentlich groß. Im übrigen steht im Ketteferrat zur Erledigung die Wahl des Landtagspräsidenten und die Festlegung der Zahl der Mitglieder für eine Reihe von Ausschüssen.

Die Deutschnationalen und die Kommunisten werden in der heutigen Sitzung ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinet Braun einbringen.

Bonsted hat von einem ihm zustehenden geschäftlich-ordnungs-mäßigen Recht Gebrauch gemacht. Es war ein sinnloser, mißbräuchlicher Gebrauch, aber es war kein Recht. Und es darf auf keinen Fall geduldet werden, daß andere Abgeordnete sich dafür mit Faustschlägen an ihm rächen. Es muß im Gegenteil im Interesse des Parlaments dafür gesorgt werden, daß schnellstens die schärfsten Maßnahmen gegen die Prügelhelden nachträglich ergriffen werden. Es muß ein Exempel statuieren werden, sonst werden die Kommunisten nach diesem ersten „Erfolg“ glauben, daß ihnen alles erlaubt ist. Ihre Ziel ist die Diskreditierung des Parlamentarismus. Darin weitestens sie mit den Nationalsozialisten, die gestern in ihren gelbbraunen Hitlerhemden bereits ebenfalls wiederholt in Aktion getreten sind. Diese antiparlamentarische Minderheit wird um so leichter zur Höhe gebracht werden können, als die Androhung der Entziehung von Diäten und Fahrkarten selbst auf den größten Rüpel Wunder wirkt.

Nach der Prügelzene gab es aber noch weitere beschämende Intermezzi. Da, machte von einer fast leeren Ehrenloge aus ein Rotfrontmann mit breiter, roter Armbinde laute Zwischenrufe. Die Deutschnationalen verlangten stürmisch seine Entfernung. Wieder war der 84-jährige Altpräsident hilflos. Ein Diener erschien in der Loge, parlamentierte mit dem Zwischenrufer — und verschwand! Der Zwischenrufer blieb und verhöhnte ununterbrochen die Mitglieder der Kommunisten die Abgeordneten. Später erfuhr man die Lösung des Rätsels: der Rotfront-Mann war der — neue kommunistische Reichstagsabgeordnete Leow, zweiter Vorsitzender des R.F.-Bundes, und an diesen hatte sich wegen der Immunität der Diener nicht herangekollert!

Schließlich hielt noch ein aufgeregter junger Mann mit dem R.F.-Abzeichen eine auswendig gelernte Rede von der Publikumstribüne herab. Seine Schreihelderei dauerte etwa fünf Minuten, ohne daß ein Saaldiener erschien. Unter Führung von Reich, der sich bis dahin zurückgehalten hatte, ohne allerdings den geringsten maßgebenden Einfluß auf seine Leute zu üben, stimmte die kommunistische Fraktion in das „Hoch“ auf die „Weltrevolution“ ein, das der junge Mann ausbrachte! Als der Diener endlich erschien, war die traurige Eröffnungssitzung gerade geschlossen worden.

Alle diese unerwünschten Vorgänge müssen un- u. verhältnismäßig Konsequenzen gezogen werden. Gewiss, die Eröffnungssitzung war für die Radikaleren von rechts und links eine besonders günstige Gelegenheit. Heute soll schon der neue Landtag spräsidenten gewählt werden. Es wird wieder unter Genosse Partels sein. Ihm wird die Aufgabe obliegen, mit eiserner Strenge das Ansehen der parlamentarischen Demokratie vor einer Handvoll Lausbuben und Prügelhelden zu schützen.

Im französischen Parlament haben die uniformierten Saaldiener Vorkriegsgewalt. Sie sind verpflichtet, kämpfende Abgeordnete zu trennen und überhaupt dafür zu sorgen, daß es zu keinem Kampfe kommt. Macht ein Zuhörer auch nur den leisesten Zwischenruf, dann steigt er im Nu und nicht gerade sanft hinaus, ehe der Präsident nach dem Befehl dazu erteilt hat. Im englischen Parlament ist es das gleiche, nur daß dort der Zwischenrufer zunächst auf 48 Stunden ins Polizeigefängnis gebracht wird.

Indessen laßt sich nach dem Verhalten des Herrn Partel die Frage auf, ob man an der Geschäftsordnungsbedingung festhalten soll, wonach ein einzelner Abgeordneter durch seinen Einspruch das ganze Haus mit seinen Leuten mindestens der Einspruch einer ganzen Fraktion, d. h. von 15 Mann aufwärts notwendig sein.

Im übrigen soll man nicht glauben, daß die gestrigen Vorgänge vollständig neu in der Geschichte unseres Parlamentarismus sind: bereits in der Eröffnungssitzung des am 4. Mai 1924 gewählten Inflationenreichtages machten sich übermäßig gewordene Kommunisten und Nationalisten das hohe Alter unseres Vorfahren Wilhelm Reich zunutzen, um mit Trillerpfeifen, Schimpfworten und dem Gelang der „Internationale“ und des Hakenkreuzes eine Grabschändung zu geben. Vier Monate lang dauerte dieses Theater, dem der damalige Reichstagspräsident Waltraud hilflos gegenüberstand. Dann kam die Auflösung, die zugleich eine Abrechnung des deutschen Volkes mit den Radikalfaktionen war: innerhalb von sechs Monaten sank die Zahl der kommunistischen Abgeordneten von 62 auf 44 und der Nationalisten von 32 auf 14!

Diese Erinnerung sollte für die „Helden“ der gestrigen Landtagssitzung eine Warnung sein: die deutsche Arbeiterschaft hat schon einmal bewiesen, daß sie an die Wahlurne geht, um Abgeordnete ins Parlament zu schicken und nicht um Lausbuben Gelegenheit zu geben, mit den Einrichtungen der demokratischen Republik und zugleich mit den Lebensinteressen des arbeitenden Volkes ein freies Spiel zu treiben.

Die Abfindung in Hessen.

Darmstadt, 8. Juni. (Eigenbericht.)

Der Hessische Landtag nahm am Freitag das Gesetz über Abfindung des ehemaligen Großherzogs in dritter Lesung mit 29 gegen 27 Stimmen an. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten und die Kommunisten; die Deutschnationalen und der Landbund enthielten sich der Stimme. Alle anderen Parteien stimmten für das Gesetz. Der im Zusammenhang mit dem Abfindungsgesetz eingebrachte kommunistische Mißtrauensantrag wurde abgelehnt, der Antrag der Koalitionsparteien, der Regierung das Vertrauen auszusprechen, mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen.

Regierungsbildung in Anhalt.

Desau, 8. Juni.

Die Sozialdemokraten sind an die Deutsche Volkspartei wegen Beteiligung an der Regierung herangetreten. Bei den Verhandlungen mit der Sozialdemokratie ist dieser als Bedingung für die eventuelle Beteiligung an der Regierung seitens der Deutschen Volkspartei ein Programm zur Annahme vorgelegt worden, das u. a. folgende Punkte umfaßt: Senkung der Realsteuern in Staat und Gemeinden, energische Fortsetzung der Bewässerungsreform, Berufung eines Sparkommissars, Beibehaltung des bisherigen Zustandes hinsichtlich des Religionscharakters der anhaltischen Schule. Hinsichtlich der Ministerfrage wurde der Vorschlag gemacht, einen Fachminister, nicht einen Sozialdemokraten, mit einem parlamentarischen Beirat zu wählen. Falls dieser Vorschlag unannehmbar sei, sollen zwei Minister, ein Sozialdemokrat und ein Volksparteiler, die Regierung bilden. Die Sozialdemokratie jagte zu, diese Vorschläge zu prüfen.

daß der Vorstand der Reichstagsfraktion des Zentrums mit dem Vorgehen der preussischen Landtagsfraktion völlig einverstanden ist und an einer baldigen Umgestaltung der Regierung Braun ebenfalls kein Interesse hat. Man will zunächst in Ruhe die Entwicklung der Verhältnisse im Reich abwarten. Das ist insofern bemerkenswert, als die „Germania“ erst am Donnerstag eine schnelle Umbildung der preussischen Regierung forderte. Diese Forderung steht im offensichtlichen Widerspruch zu der Zustimmung des preussischen Zentrums und der Meinung der Zentrumsfraktion des Reichstages. Es wird nach diesen Erfahrungen nichts anders übrig bleiben, als den Kommentaren der „Germania“ in Zukunft nur noch den Wert einer Meinungsäußerung der Redaktion beizumessen.

Die Lohmann-Liquidation.

Die Vertrauensfrage steht noch nicht fest. — Prüfung der Haftbarkeit.

Dem Haushaltsausschuß des Reichstages wird zum 1. Juli ein Bericht über die Liquidation der Unternehmungen, die aus dem sogenannten Lohmann-Fonds finanziert worden sind, vorgelegt werden. Die Liquidation ist bisher noch nicht beendet; auch die endgültige Vertrauensfrage steht zurzeit noch nicht fest.

Die aus Vertretern des Reichsfinanzministeriums, des Reichswehrministeriums und des Deutschen Rechnungshofes bestehende Abwicklungs-Kommission prüft u. a. zurzeit noch die Frage der Haftbarkeit von Beamten und Privatpersonen, die durch die Lohmannkredite direkte oder indirekte Vorteile erlangt haben. Insbesondere wird untersucht, ob nicht bestimmte Personen den Kapitän Lohmann bei der Abfassung von Verträgen überverteilt haben. Lohmann, gegen den das Disziplinarverfahren noch schwebt, erhält vorläufig nur den unpfändbaren Teil seiner Pension.

Aus dem Landtag.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion nahm gestern die Wahl des Vorstandes vor. Zu Vorsitzenden wurden gewählt die Abgeordneten Heilmann, Leinert, Haas-Köln und Winger-Besslau. Ferner wurden neun Beisitzer gewählt, und zwar die Abgeordneten König-Botsdam (früher König-Swinowünde), Demmer, Breuer, Brandenburg, Frau Wollmann, Dr. Hamburger, Klupch, Hartwig und Emil Stahl-Brandenburg. Der letztere ist neu in den Landtag eingezogen und ist Bezirksvorsitzender der Partei in Brandenburg.

Die sozialistische Kammerfraktion in Paris entsetzt die Abgeordneten Paul Bancour, Grumbach und Frossard in den Auswärtigen Ausschuss, dessen Vorsitzender der frühere Vorsitzende der Repräsentationskommission Dubois sein muß.

Ein politischer Justizskandal.

Hergt will die Abgeordneten nicht freilassen.

Die Lausbubenzenen, die von den kommunistischen Landtagsabgeordneten bei der Eröffnung des neugewählten Landtags aufgeführt wurden, sind leider nur allzusehr geeignet, die Aufmerksamkeit von einem wirklichen Justizskandal abzulenken. Es bedarf kaum noch eines Hinweises, daß die wegen „literarischen Hochverrats“ verurteilten und in Festungshaft festgehaltenen Kommunisten Opfer der Bürgerblut-atmosphäre geworden sind. Gegen die Praxis der Reichsanwaltschaft und des Reichsgerichts, wegen Teilnahme an „Vorbereitung zum Hochverrat“, die durch Schriften erfolgt sein soll, auch Buchhändler, Angestellte und sogar Buchdrucker zu verfolgen, haben alle ersten Schriftstellerorganisationen, namhafte Juristen und alle wirklichen Demokraten aus welchem politischen Lager immer leidenschaftlichen Einspruch erhoben.

Trotzdem sind die Verurteilungen erfolgt, und die beiden jetzt in Gollnow befindlichen neugewählten kommunistischen Abgeordneten sind ein Opfer dieser unverantwortlichen Rechtsprechung geworden. Die einjährige Festungsstrafe des einen läuft bereits im August ab. Ihn mindestens zu beurlauben, damit er seine Abgeordnetenpflichten erfüllen kann, wäre nicht nur eine politische Geste, sondern auch eine innere Notwendigkeit gewesen.

Freilassung oder Beanadigung dieser Opfer einer falschen Rechtsprechung ist Sache des Reiches. Der Oberreichsanwalt und seine Aufsichtsbehörde, das Reichsjustizministerium, dem noch immer der Deutschnationale Hergt vorsteht, hätten längst die Korrektur des Urteils einleiten sollen. Aber sie tun das Gegenteil. Das preussische Justizministerium ist bereits vor Zusammentritt des Landtags an den Oberreichsanwalt herangetreten, um wenigstens die Beurlaubung der neuen Abgeordneten zu erreichen. Der Oberreichsanwalt, der Schlingling Hergt, hat seine Zustimmung verweigert. Der sofort angerufene Reichsjustizminister Hergt hat durch seinen Staatssekretär Joel das Erluchen gleichfalls brüst abgelehnt. So wird der Direktor der Strafanstalt in Gollnow durch den deutschnationalen Reichsjustizminister auf Abbruch und durch seinen nicht minder rüchseligen Staatssekretär tatsächlich verhindert, gewählte Abgeordnete zur Ausübung ihrer parlamentarischen Pflichten zu beurlauben!

Fast könnte man meinen, daß diese Rechtsverweigerung eine politische Handlung zu dem Zweck sei, den Kommunisten im Landtag einen willkommenen Vorwand für die Rabauzereien zu geben, die sie schließlich ausführten. Es ist ja nicht das erstmal, daß sich deutschnationale und Kommunisten gegenseitig die Bälle zuwerfen. Mangel an Bewußtsein hinsichtlich der Folgewirkung ihrer Handlungen darf man doch weder bei Hergt, noch bei seinem Staatssekretär, noch beim Oberreichsanwalt annehmen. Was bleibt da also übrig?

Die Verweigerung der Freilassung gewählter Abgeordneter, die ohnehin nur in Festungshaft sind, stellt sich als eine Verletzung der Parlamentsrechte dar. Wenn der Landtag — trotz, nicht wegen, der kommunistischen Rabauzereien — durch Beschluß die Freilassung fordern wird, so kann sich selbst weder Hergt noch Joel dagegen sträuben. Daß sie aber erst durch Beschluß zu einer selbstverständlichen Handlung genötigt werden müssen, zeigt mehr als alles andere, wie feindselig sie dem Gedanken des Parlamentarismus gegenüberstehen.

In Preußen wäre eine solche offene Fronde gegen das Parlament nicht denkbar. Wir hoffen, daß in Zukunft auch in den Justizstuben des Reichs nicht mehr der Geist eines Joel herrscht, sondern ein frischerer Windhauch für Entschädigung sorgt!

Die Kaiserlichen a. D.

Nur noch deutschnationale Versammlungsredner.

Am der „Kreuz-Zeitung“ zeigt sich ein Oberst a. D. mit den Aufgaben auseinander, die seiner Meinung nach den Offizieren der alten Armee zufallen. Er meint, der Wahlverlust habe bewiesen, daß das Volk noch viel zu wenig aufgeklärt sei, und führt dann fort:

Zu dieser Aufklärungsarbeit ist jeder berufen, der auf irgendwelche Weise den Einfluß besitzt, nicht zuletzt der Offizier der alten Armee. Wer so im Wahlkampf geistig hat, weiß, daß vom politischen Redner der Wähler in erster Linie die Aufmerksamkeit über die Stellung der einzelnen Parteien zu den Problemen des Wirtschaftslebens erwarret; der Offizier aber findet Gelegenheit, in Regimentversammlungen, Kriegervereinsversammlungen, bei waterländischen Verbänden usw. auch über allgemein politische Fragen zu sprechen, und er wird gern und willig angehört, weil man in ihm, im Gegensatz zu dem politischen Redner, nicht den Vertreter irgendeiner politischen Partei sieht.

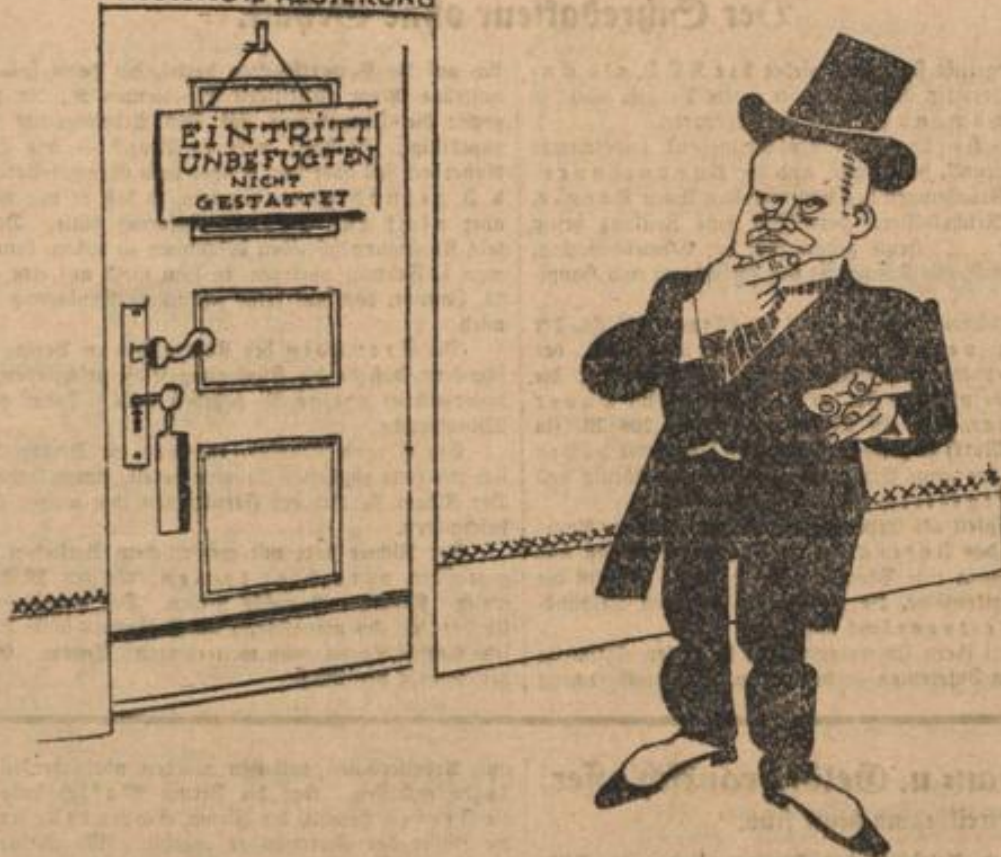
Eine derartige Arbeit, so führt der Oberst a. D. weiter aus, fehe allerdings Schulung im politischen Denken voraus und die fehle den Kaiserlichen a. D. nur zu oft, wie das Verhalten zahlreicher Stabhelmsführer beweise, die in der überwiegenden Zahl Offiziere der alten Armee seien. Es sei der Fehler dieser Stabhelmsführer gewesen, die Wahl zwischen der deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und anderen kleinen Parteien offenzulassen. Zur Entscheidung stehe heute nur noch die Internationale Sozialdemokratie und die Deutschnationale Volkspartei. Für die deutschnationale Volkspartei müsse man also werben.

Der Oberst a. D. müte also seinen Standesgenossen zu, unter Mißbrauch der angeblich neutralen Regiments- und Kriegervereine und des Offiziersrats, „weil man in ihm nicht den Vertreter irgendeiner politischen Partei sieht“, für die Deutschnationalen auf den Stimmengang zu gehen! Es ist zwar eine echt deutschnationale Methode, sich auf Scheidwegen und unter offenkundiger Verpöndung an das „Volk“ heranzuschleichen, doch aber ein Oberst der alten Armee diese Methode zur Nachahmung empfiehlt, ist entschieden etwas Neues. Ein Dubendorff halte immerhin den Ehrgeiz, der Führer einer eigenen Partei zu werden. Die Dubendorffer begnügen sich mit dem Pöfchen eines deutschnationalen Versammlungsredners!

Der Verfassungsstag. Vorbehaltlich weiterer Bestimmungen über die Feier des diesjährigen Verfassungstages hat der preussische Justizminister die nachgeordneten Behörden schon jetzt erlucht, auf den 11. August 1928 unalltlich keine Termine anzulegen. Der preussische Kultusminister hat den Provinzialkultuskollegien eine größere Anzahl von Büchern zur Verfügung gestellt, die Schülern und Schülerinnen von höheren Schulen am Verfassungsstag als Preis überreicht werden sollen.

Preußen und die Volkspartei.

PREUSSISCHE REGIERUNG



„Bier Jahr geht es nun ohne mich — ein Beweis, daß es so nicht weiter geht...“

Oberschlesische Beschwerden in Genf. Entscheidungen des Völkerbundesrates.

Genf, 8. Juni. (Eigenbericht.)

Der Völkerbundesrat erledigte eine Reihe von deutsch-polnischen Minderheitsbeschwerden. Zum Ueberfall deutscher Selbstschützer auf einen Vortragabend der polnischen Schulgemeinde Beuthen-Kohberg erklärte sich der Rat mit dem energischen Eingreifen der preussischen Behörden, das zur Verurteilung von 23 Selbstschützern geführt hat, einverstanden. Zu der Bestätigung deutscher Eltern in Gollnow (Pomm. Oberst.) durch Fensterwerfen und öffentliche Befamnmachungen stellte der Rat fest, daß die polnischen Behörden wirksame Strafmaßnahmen getroffen hätten; er erklärte sich damit befriedigt. Die Schließung der deutschen Minderheitsschule für die Gemeinde Brzezina verurteilte der Rat gemäß dem Gutachten des Präsidenten Calandier und sprach der polnischen Regierung den Wunsch aus, den Deutschen von Brzezina und den umliegenden Gemeinden eine günstig gelegene Minderheitsschule zur Verfügung zu stellen. Bericht wurde die allgemeine deutsche Beschwerde vom 19. Mai über polnische Terrorakte, da die polnische Regierung noch nicht zu ihr Stellung genommen hat. Alle Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

Nachmittags gab der Rat in der ungarischen Optantenfrage bei Enthaltung des ungarischen Delegierten beiden Parteien auf, sich auf Grund der Ratsbeschlüsse in dieser Angelegenheit auf dem Wege gegenseitiger Konzessionen in direkten Verhandlungen zu einigen. Der rumänische Außenminister teilte einen neuen rumänischen Vergleichsvorschlag an Ungarn mit, den aber in der vorliegenden Form Ungarn nicht annehmen dürfte, da er die eventuelle Entschädigung an die ungarischen Optanten auf die von Ungarn an Rumänien zu zahlende Kriegsschuldung verrechnen will. Neu ist an dem Vorschlag, daß ein Mitglied des Rates als Vermittler bei den direkten ungarisch-rumänischen Verhandlungen mitwirken soll.

Proletariat gegen Pilsudski-Kurs. Kampfanzeige der deutschen Sozialisten in Polen.

Warschau, 8. Juni. (Eigenbericht.)

Am Haushaltsvorschuh des Sejm gab der deutsche Sozialdemokrat Jerze-Lodz folgende programmatische Erklärung ab: Die Erfahrungen haben gezeigt, daß die nichtpolnischen Arbeiter in Polen in politischer, sozialer und wirtschaftlicher Beziehung anders behandelt werden als die Polen. Da dieser Umstand die nationalen Gegensätze färdert und die Vereinheitlichung der Arbeiterklasse erschwert, werden die deutschen Sozialisten alles tun, um den um sich greifenden Nationalismus auszumerzen. Der politische Kampf um die Lebensfrage ist kein Kampf der Völker, sondern ein Kampf der Klassen. Die polnischen, deutschen und jüdischen Sozialisten in den Parlamenten und Selbstverwaltungungen Polens streben der Solidarität der polnischen, deutschen und jüdischen Bourgeoisie die einheitliche Front der Arbeiter entgegenzustellen. Die Verteidigung der deutschen national-kulturellen Werte ist gleichzeitig die Verteidigung der völligen Demokratie in Ideologie und Praxis. Unser Ruf nach uneingeschränktem Recht auf Arbeit und auf Befriedigung unserer kulturellen und sprachlichen Bedürfnisse ist gleichfalls eine Forderung der polnischen und der internationalen Sozialdemokratie, von deren Verwirklichung die wirkliche Völkervereinigung abhängt.

Am Haushalt des Arbeitsministeriums erklärte Jerze: das arbeitende Volk Polens habe jahrelang unter den schwersten Entbehrungen zu leiden gehabt, ohne sich zu aggressiven Schritten hinreichend zu lassen. Es habe vor zwei Jahren gefühlsmäßig seine Hoffnungen auf Pilsudski gesetzt, sehe sich nun aber stark enttäuscht, da die Regierung Pilsudski sich als Beschützerin des

„Der Ruhhandel.“

Theater am Schiffbauerdamm.

Eine Komödie von Hermann Essig, zum Gedächtnis seines zehnjährigen Todestages, lustig, voll handfestem Humor und kräftiger Typenzeichnung. Viktor Schwannenes Regie zielt aufs Verbe hin und unterfreicht die drastische Komik, nicht zum Besten des Lustspiels, das heute nicht mehr recht lebendig ist.

Kapitals und als Schrittmacherin der Reaktion erwiesen habe. Aus diesem Grunde komme für die deutschen Sozialisten Polens nur ein oppositioneller Standpunkt in Frage.

Judenpogrom in Ostpolen.

Warschau, 8. Juni. (Eigenbericht.)

Zu einem Judenpogrom kam es gestern in Raczejow, einem Städtchen unweit Kowel. Dort hatten sich vor dem Rathaus einige betrunkene Rekruten postiert, die jeden herauskommenden Juden beschimpften. Die Juden ließen sich das nicht gefallen und verfluchten, die Rekruten vom Rathaus zu vertreiben. Dabei entstand eine heftige Schlägerei. Den Rekruten eilten sofort ihre Kameraden zu Hilfe, die nun, zusammen etwa 40 Mann stark, die Juden arg jurichteten. Diese riefen um Hilfe und bald hatten sich alle jüdischen Einwohner herbeigeeilt. Nach langem Kampf, bei dem es auf beiden Seiten zahlreiche mehr oder minder schwer Verletzte gab, gelang es endlich der Polizei, die Anführer zu gefassen. Ein Jude starb noch vor seiner Einlieferung ins Hospital an einer Resektion, mehrere andere erlagen mit dem Tode.

Kritik an Benesch.

Deutsch-sozialdemokratische Opposition.

Prag, 8. Juni. (Eigenbericht.)

Im tschechopolnischen Ausschuh des Abgeordnetenhauses vorman der deutsche Sozialdemokrat Dr. Czech u. a. auf die schwere Kritik des Völkerbundes und die Vereinfachung der tschechoslowakischen Außenpolitik. Die Kleine Entente habe aufgehört, ein Machtfaktor zu sein; die Politik, die damit gerechnet habe, Deutschland auf die Knie zu zwingen, sei parhe. Außenminister Benesch habe in seiner Politik gegenüber Deutschland Fehler auf Fehler begangen, in der Frage der Abtrennung Oberschlesiens, in der Stellung zum Anschlußproblem, in der Fernhaltung reichsdeutscher Arbeitskräfte, in der Behandlung des sudetendeutschen Minderheitsproblems. Während der Minister, der sich auf seinen Berliner Höflichkeitsschuh zu viel zugewie hat, in die anderen Zentren der internationalen Politik mit dem Blickzug gerast sei, habe er zur Nehe nach Berlin die Poststube benutzt. Die deutschen Sozialdemokraten würden diesen Besuch nur dann mit aller Herzlichkeit begrüßen können, wenn er einen endgültigen Strich unter die Vergangenheit lege.

Primo bleibt Junggeselle.

Weil seine Braut nachbörslich spekulierte! (?)

Madrid, 8. Juni.

Wie verlautet, hat General Primo de Rivera von seiner beabsichtigten Heirat mit Gräulein Castellanos Abstand genommen. Dieser Entschluß ist darauf zurückzuführen, daß Gräulein Castellanos sich am vergangenen Montag mit dem Grafen de la Cibera und dem Herzog Almodovar in ein Lokal begeben, wo ein nachbarschaftlicher Wertpapierhandel stattfand, und dort Spekulationen in Börsenwerten vorgenommen hat. Der Ministerpräsident hat, wie es in der Verkaufsbearbeitung weiter heißt, diese Handlungsweise als eine Unklugheit und einen Mißgriff betrachtet und daraufhin den Entschluß gefaßt, seine Beziehungen zu Gräulein Castellanos unumwiderruflich abzubrechen!

Strafe für Streifunterstützung.

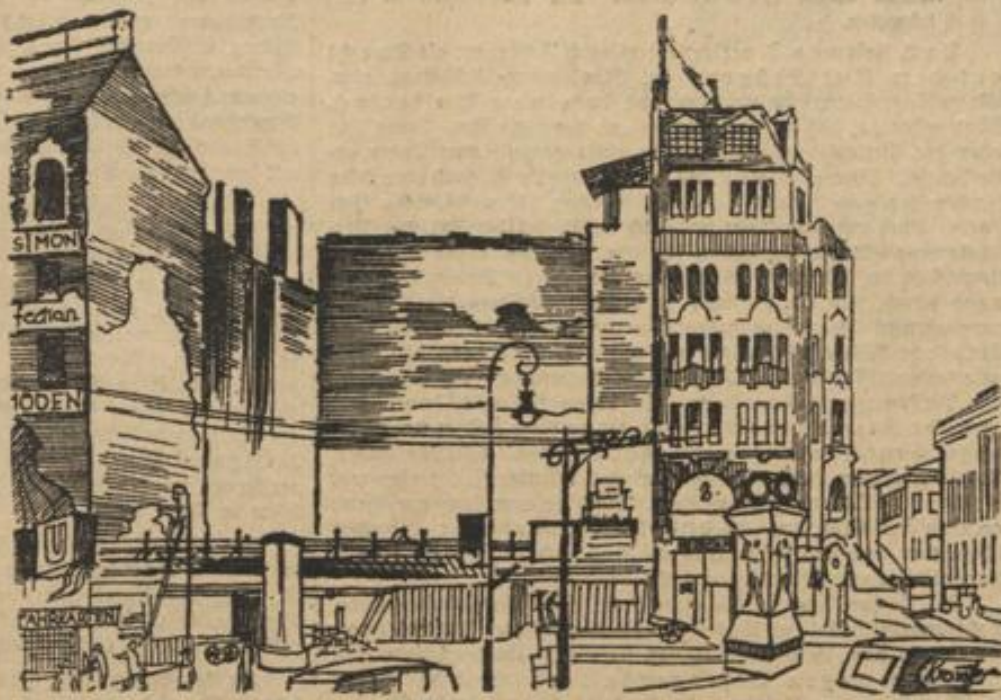
Im Lande des obligatorischen Einigungswesens.

Vier sozialistische Abgeordnete des norwegischen Storting, darunter der frühere Verteidigungsminister und das einzige weibliche Mitglied des Parlaments, haben einen polizeilichen Strafbefehl über 300 Kronen erhalten, weil sie Bauarbeiter, die in einem ungesetzlichen Streik gegen den verbindlichen Schiedsspruch des Arbeitschiedsgerichtes begriffen waren, Streikunterstützungen zugewendet haben. Bei Nichterlegung der Geldstrafe tritt an deren Stelle verschärfter Arrest von 18 Tagen. Die Betroffenen haben sich geweigert, die Strafe zu bezahlen und die Frage wird nunmehr die ordentlichen Gerichte beschäftigen.

Der Preussische Landgemeindevogt (West) hat seinen Sitz in Berlin, nicht in Münster, wie irrtümlich bemerkt war.

Hochhaus am Hausvogteiplatz.

Das Gebäude Hausvogteiplatz 1, in dem vor Jahren ein Warenhaus untergebracht war und das dann später von der Reichsbank als Notenausgabestelle benutzt wurde, ist jetzt, nachdem es in den Besitz der Grundstücksbewertungsgesellschaft Hausvogteiplatz 1 übergegangen ist, völlig niedrigergerissen und soll einem großen modernen Geschäftshaus Platz machen. In Aussicht genommen ist ein Hochhaus von neun Stockwerken, von denen bereits sieben von der Baupolizei genehmigt worden sind. Die projektierte Höhe von neun Stockwerken wird jedoch verwirklicht werden, da auch von der Polizei kaum Einwendungen gegen den Plan zu erwarten sind. Das Gebäude der Reichsbank, das jetzt der Spithode zum Opfer gefallen ist, hat man hauptsächlich aus dem Grunde niedergelegt, weil die Räumlichkeiten den modernen Anforderungen nicht mehr entsprachen und vor allem, obwohl mehrere Lichthöfe vorhanden waren, Licht und Luft fehlten. Durch die Errichtung des neuen Hochhauses wird es möglich sein, die doppelte Quadratmeterzahl an Räumlichkeiten zu erhalten als bisher. Das Hochhaus wird unter Berücksichtigung der modernsten Erfahrungen im Bauwesen errichtet und von den Architekten Growald und Caspari gebaut. Es handelt sich um einen nur auf zwei Stützen ruhenden, sonst aber freistehenden Hallenbau, und in den einzelnen Stockwerken werden durchgehende große Räume geschaffen, die für sieben bis vierzehn Firmen aus-



Das Grundstück, auf dem es errichtet werden soll.

reichen. Es ist beabsichtigt, hier zum ersten Male das amerikanische Prinzip des Bureaubaus anzuwenden. Die einzelnen Räume sollen, soweit sie nicht für Modellausstellungen von Konfektionsfirmen Verwendung finden, nur durch halbhohle Holzwände voneinander abgetrennt werden, so daß jeder einzelne Raum vollständig zu übersehen ist. Mit dem Bau des neuen Hochhauses wird sofort nach der völligen Niederlegung des bisherigen Gebäudes begonnen werden.

Wen wählen die Eltern?

Zur Elternratswahl sind die Kandidatenlisten eingereicht. Die eigentliche Wahltagung steht ein, und an die Wähler tritt die Frage heran: „Für welche Liste werde ich stimmen?“ In der Hauptsache kommen 4 Listen in Frage. Neben die Liste „Schulaufbau“ treten die „christlich-unpolitische“ (lies deutschnationale) Liste und die kommunistische Liste: „Proletarischer Schulkampf gegen Kinderleid und Schulreaktion.“ Dazu tritt an manchen Schulen noch eine dritte Liste, die von Direktoren und Lehrern aus den Reihen des Deutschen Lehrervereins empfohlen wird und für die gemeinsame Schule eintritt. Für Eltern, die einen entschiedenen Schulfortschritt wollen, gilt es, die Liste „Schulaufbau“ zu unterstützen und tatkräftig für sie zu werben.

Radikale Gegenwartsforderungen auf dem Boden praktischer Arbeit werden von den Freunden des „Schulaufbaus“ vertreten:

1. Ausreichende Beförderung aller kranken und unterernährten Kinder durch Schulpflege, Verabreichung Bedürftiger mit Nahrung.
2. Unentgeltliche ärztliche Behandlung (Ausbau des Schularztes und Schulschwesterwesens).
3. Ausreichende Heizung, Säuberung, Lüftung der Schulen.
4. Herabsetzung der Klassenfrequenzen auf nicht mehr als 30.

5. Beschaffung und Lieferung der notwendigen Lehr- und Lernmittel durch Staat und Gemeinde.
6. Schulgeldfreiheit.
7. Befreiung der Bräutigame in Schule und Elternhaus.
8. Uneingeschränkte Erhaltung der Grundschule.
9. Soziale Einheits- und Arbeitsschule.
10. Kampf gegen die Verkürzung der Schule.
11. Durchführung der Lehrerbildung im Sinne der Reichsverfassung.
12. Kampf gegen die politische Vergiftung der Jugend.

Diese Forderungen muß jeder Volksfreund unterstützen, auch wer keine Kinder oder keine schulpflichtigen Kinder hat. Jeder werde für die Liste: Schulaufbau! Jeder Wähler und jede Mutter Stimme für sie!

Die Schwierigkeiten der Piscator-Bühne.

Die Verwaltung der Piscator-Bühne teilt uns mit: Die Bühnerversammlung hat beschlossen, der Piscator-Bühne zunächst ein Moratorium bis zum 15. Juli zu gewähren, um der Verwaltung ihre Verhandlungen zur Finanzierung der nächsten Spielzeit zu erleichtern. Eine in der Versammlung abgegebene Erklärung der Vertreter des bisherigen Finanzvorstandes, sowie vorliegende Zusagen von dritter Seite lassen erwarten, daß die Verhandlungen zu einem positiven Resultat führen werden. In einer gleichfalls gestern einberufenen Betriebsversammlung hat das ge-

ganze Personal der Piscator-Bühne im Theater am Rollendorfsplatz und im Lessing-Theater beschlossen, unabhängig von den sonstigen Verhandlungen der Verwaltung eine Gemeinschaft zu bilden, um die Weiterführung der Sommerzeit unter der künstlerischen Leitung von Emil Lind zu sichern. Somit nehmen die Vorstellungen in beiden Theatern, „Der Feldherrnhügel“ im Theater am Rollendorfsplatz und „Ar. 17“ im Lessing-Theater, Beginn 20 1/2 Uhr, ihren Fortgang.

Leister freigesprochen.

Abermals ein unberechtigtes Todesurteil kassiert.

Eisenach, 8. Juni. (Eigenbericht.)

Der Mauermeister Leister, der seine Frau ermordet haben sollte und vor vier Jahren zum Tode verurteilt wurde, ist am Freitag im Verlauf des von ihm beantragten Wiederaufnahmeverfahrens unter Aufhebung des Todesurteils freigesprochen worden. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. In der mündlichen Begründung des Urteils erklärte der Vorsitzende des Gerichts, es bestehe kein begründeter Verdacht für die Täterschaft Leisters. Dem unschuldig Verurteilten wird eine Entschädigung zugesprochen.

Die Explosion auf dem Minenboot.

Ursache noch ungeklärt.

Kiel, 8. Juni.

Von den bei dem vorgestrigen schweren Explosionsunglück auf dem Minenbootsfahrzeug C 12 schwerverletzten Matrosen schwebt der Obermatrosengehilfe Daum in Lebensgefahr, während das Befinden der übrigen verhältnismäßig befriedigend ist. Die von der Reichsmarineleitung eingeleitete Untersuchung hat bisher noch keine Klärung der Ursachen der Explosion ergeben.

Das Unglück, das sechs Todesopfer forderte, ereignete sich, wie mitgeteilt, bei einer Minensperrobung, die seit mehreren Tagen auf der Offsee östlich von Schleimünde abgehalten wurde, und zwar nicht beim Minenlegen, sondern bei Abwehrmanövern. Um im Ernstfall dem an der Zerstörung des Minenfeldes interessierten Feinde sein Vordringen unmöglich zu machen, werden rund um das Minenfeld kleine Bojen mit Sprengkörpern verankert, die die Schlepplinien der feindlichen Minensucher nach vor Erreichung der Minen zerstören sollen. Derartige Manöver sind in den letzten Jahren regelmäßig durchgeführt worden, ohne daß sich jemals ein Unfall ereignet hätte. Bei diesen Manövern werden nicht die eigentlichen Minenboote der Marine, sondern Minenbootsfahrzeuge von der Größe etwa von Dampfbooten verwandt, die von Tendern in See geschleppt werden. Am Donnerstagabend, als sich das Unglück ereignete, lagen die Hilfsfahrzeuge C 12 und C 8 Bord an Bord, und von C 12 aus sollte ein Sprengkörper verankert werden. Im Augenblick, als die Mannschaften den Behälter aufnahmen, um ihn in das Wasser hinabzulassen, ereignete sich die Detonation, die, obwohl es sich nur um eine verhältnismäßig schwache Sprengladung handelte, furchtbare Wirkungen hatte, weil die Splitter des dümmwandigen Metallkörpers nach allen Seiten in die auf engem Raum dicht zusammenstehenden Matrosen sprangen. Die sofort getöteten sechs Matrosen waren furchtbar verstümmelt. Die Verletzten wurden von dem begleitenden Torpedoboot, das mit Vollampf herankam, übernommen.

Der Reichspräsident hat in einem Telegramm an den Chef der Marineleitung sein Beileid ausgesprochen und gebeten, den Hinterbliebenen der in treuer Pflichterfüllung Verunglückten die Versicherung seiner aufrichtigsten Teilnahme zu übermitteln und den Verletzten seine herzlichsten Wünsche für baldige Wiederherstellung auszusprechen. Einem Bericht über die Ursache des Unfalls steht der Reichspräsident entgegen.

Jack London: Wolfsblut.

Hier machte der Graue Biber Halt. Ein Gerücht von der Jagd nach dem Golde war bis zu seinen Ohren gedrungen, und er hatte viele Ballen Pelze und einen Haufen Handschuhe und Wolltaschen aus Fellen, die mit Därmen zusammengeknüpft waren, mitgebracht. Er würde sich nicht auf eine so lange Reise gemacht haben, hätte er nicht reichlichen Gewinn erwartet. Doch seine Erwartungen waren nichts gegen die Wirklichkeit. Selbst in seinen wildesten Träumen hatte er nicht mehr als hundert Prozent Gewinn erhofft, und nun waren es tausend. Wie ein echter Indianer liebte er sich — und sollte es auch den ganzen Sommer und Winter über dauern — häuslich nieder, um seine Waren bis zum letzten Stück langsam und vorsichtig zu verkaufen.

In Fort Yukon erblickte Wolfsblut die ersten Weißen. Mit den Indianern verglichen, die er bis jetzt nur gekannt hatte, erschienen sie ihm wie ein Geschlecht höherer Wesen, wie höhere Götter. Er hatte den Eindruck, als besäßen sie größere Macht, und auf Nacht beruht alle Gottheit. Wie ihm in der Jugend die hohen, breiten Wigwams als Offenbarungen von der Macht der Menschen erschienen waren, so imponierten ihm jetzt die aus mächtigen Blöcken erbauten Holzhäuser des großen Forts. Ja, hier war Macht, und die Weißen besaßen über die Dinge noch höhere Gewalt als die Menschen, die er bis jetzt gekannt hatte, und unter denen der Graue Biber der gewaltigste gewesen war. Doch auch er war nur ein Kind im Vergleich zu den Bleichgesichtern.

Nicht, daß sich Wolfsblut dieser Eindrücke klar bewußt gewesen wäre, aber er fühlte sie, und darum traute er diesen höheren Wesen nicht. Man konnte nie wissen, was für Schrecken hinter ihnen lauerten, was für Schmerzen sie aussteilen könnten! Allein er war neugierig und beobachtete sie, wurde jedoch scheu, so oft sie es taten. Anfangs schlich er nur in sicherer Entfernung umher, um sie zu beobachten; als er dann sah, daß andere Hunde ihnen ungekräft nahe kamen, wurde auch er dreister. Er dagegen war für sie ein Gegenstand allgemeiner Neugier. Sein wolfsartiges Keuchern fiel sogleich auf, und einer zeigte ihm dem andern. Aber wenn sie mit dem Finger auf ihn wiesen, so war er auf der Hut, und kamen sie näher, so wies er die Zähne und ging rück-

wärts. Es glückte keinem, ihn mit der Hand zu berühren, und sie taten wohl daran, es nicht zu tun.

Bald begriff er, daß nur wenige Weiße — nicht mehr als etwa ein Duzend — am Orte selber wohnten. Allein alle zwei, drei Tage kam ein Dampfer an — auch solche eine kolossale Offenbarung ihrer Macht! — und legte auf ein paar Stunden am Ufer an. Die Weißen, die mit diesen Dampfern kamen, fuhren jedoch wieder damit ab, und es kam Wolfsblut vor, als wäre die Zahl dieser weißen Leute eine ungeheure. In den ersten Tagen sah er schon mehr, als er in seinem ganzen Leben Indianer gesehen hatte, und wie die Tage vergingen, kamen immer mehr den Fluß herauf, hielten an, fuhren fort und verschwanden auf immer aus seinem Gesichtskreise.

So stark und mächtig aber auch die weißen Leute waren, so taugten ihre Hunde nicht viel. Dies entdeckte Wolfsblut schnell, als er sich unter die mischte, welche mit ihren Herren ans Land kamen. Sie waren höchst verschieden an Gestalt und Größe. Die einen hatten zu kurze, die andern zu lange Beine; einige hatten statt des Pelzes nur ein glattes Fell, und keiner verstand, richtig zu kämpfen.

Als Todfeind seiner Gattung suchte Wolfsblut sich mit ihnen zu messen. Aber es dauerte nicht lange, so hegte er für sie tiefe Verachtung. Sie waren tölpelhaft und ungehört, sie machten großen Lärm und sprangen die Kreuz und die Quer und suchten durch größere Kraft das zu tun, was er durch Geschicklichkeit und List vollbrachte. Wenn sie mit lautem Gebell auf ihn losstürzten, so sprang er zur Seite, und schauten sie sich nach ihm um, so drängte er sich an sie und biß sie in die Kehle. Gelang ihm das, und rollte der besiegte Hund in den Staub, so fielen die Indianerhunde, die wartend im Kreise herumgestanden hatten, über das Opfer her und rissen es in Stücke. Aber Wolfsblut war schlau. Er wachte, daß die Menschen sich ärgerten, wenn ihre Hunde getötet wurden, und die Weißen bildeten keine Ausnahme davon. Also begnügte er sich damit, den Gegner zu besiegen, und überließ es dem großen Haufen, ihm den Rest zu geben. Dann pflegten aber die Weißen einzuspringen und ihren Zorn an den anderen Hunden auszulassen, während Wolfsblut ungekräft davonkam. In solchen Fällen pflegte er in geringer Entfernung stehen zu bleiben und zu schauen, wie Steine und Knüttel, Beile und andere Waffen gegen die Gefährten seiner Rasse gebraucht wurden. Ja, Wolfsblut war schlau!

Auch die andern wurden es bald, und Wolfsblut begriff wie sie, daß er nur gleich nach dem Anlegen des Dampfes seinen Spaß haben könne. Denn waren zwei oder drei Hunde erst niedergeworfen und umgebracht, so riefen die Weißen entweder ihre Tiere an Bord zurück, oder sie nahmen an den Missetätern grausame Rache. Einmal feuerte ein Weißer, der seinen Hund, einen kostbaren Hühnerhund, vor den eigenen Augen hatte in Stücke reißen sehen, seinen Revolver blitzschnell in den Haufen ab, und sechs Hunde lagen tot oder im Sterben da, was auf Wolfsblut als neue Kundgebung der Macht der Weißen tiefen Eindruck machte.

Aber er amüsierte sich herrlich dabei, da er seine Gattung nicht liebte und schlau genug war, ohne Schaden davonzukommen. Zuerst war es für ihn ein Zeitvertreib gewesen, die Hunde der Weißen zu töten, mit der Zeit wurde es eine Beschäftigung. Er hatte keinerlei Arbeit zu tun. Der Graue Biber war mit seinem Handel beschäftigt und sammelte Reichtümer, also trieb sich Wolfsblut mit der schlimmen Bande der Indianerhunde am Landungsplatz umher und wartete auf die Dampfboote. Allein man konnte kaum sagen, daß Wolfsblut zu der Bande gehörte, denn er mischte sich nicht unter die andern Hunde, sondern hielt sich abseits und wurde sogar von ihnen gefürchtet. Allerdings machte er mit ihnen insofern gemeinsame Sache, als er den Streit mit dem fremden Hunde anging, während die andern zusahen, und — wenn er ihn niedergeworfen hatte — ihm den Garaus machten. Dann zog er sich jedoch zurück und überließ sie der Rache der erzürnten Weißen.

Es machte ihm nicht viel Mühe, den Streit zu beginnen; er brauchte sich den fremden Hunden nur zu zeigen, wenn diese ans Land kamen. Denn kaum erblickten sie ihn, so stürzten sie auf ihn los. Das lag bei ihnen im Instinkt. Er war für sie die Verkörperung der Wildnis, alles dessen, was unbekannt, schrecklich und grauenhaft im Dunkel um die Feuer im Urwald gelauert hatte, und da viele Generationen dieser Hunde sich um die Feuer der Menschen geschart hatten, war ihr Instinkt umgeformt worden, und sie hatten die Wildnis fürchten gelernt, aus der sie doch herstammten und die sie verlassen und verraten hatten. Seit Jahrhunderten war diese für sie ein Sinnbild des Schreckens geworden, und sie hatten in dieser ganzen langen Zeit von ihren Herren die Freiheit genossen, die Geschöpfe der Wildnis zu töten, und hatten dadurch sich selber und ihre Herren geschützt, deren Gefährten sie geworden waren. (Fortsetzung folgt.)

„Justizselbstmord.“

Ein eigenartiges Wiederaufnahmeverfahren.

Als einen „Justizselbstmord“ bezeichnet Rechtsanwalt Thoma den Fall des früheren Polizeiwachmeisters In., der vor fünf Jahren unschuldig wegen Diebstahls zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden war, diese Strafe bis auf den letzten Tag abgefeilt hatte und gegen den nun vor dem Schöffengericht Mitte in einem Wiederaufnahmeverfahren von neuem verhandelt wurde.

Als In. unter der Diebstahlanlage, damals nach vor der Strafammer, stand, verschwieg er, daß ihm der wirkliche Dieb, der Polizeioberwachmeister B. bekannt war, und er ließ es auch ruhig zu, daß J. als Zeuge sich meinelidig machte. Erst nach der Verbüßung seiner Strafe betrieb In. das Wiederaufnahmeverfahren und bewirkte dadurch, daß J. auf sein eigenes Geständnis hin wegen Meineides und Diebstahls zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. J. verbüßt jetzt diese Strafe und wurde aus dem Zuchthaus dem Gericht vorgeführt. Der Angeklagte In. entschuldigt sein Verhalten damit, daß er den ihm bekannten Dieb nicht angegeben habe, weil er bis zum Schluss überzeugt gewesen wäre, daß man ihm selber nichts anhaben könne, weil er doch unschuldig gewesen sei und weil er auch fürchtete, daß sein bester Freund, der Polizeiwachmeister B., Unannehmlichkeiten haben könnte. Dem Diebstahl lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Im Jahre 1922 war dem Betriebsleiter H. bei einer Festnahme zwei Stück Kriegsanleihe abhandeln gekommen. J. hatte die beiden Stücke einige Tage später B. zum Verkauf übergeben und dieser wiederum In. damit beauftragt. Als In. die Stücke verkaufen wollte, wurde er festgenommen, weil die Papiere gesperrt worden waren. Nun erzählte In. bei seiner Vernehmung ein Märchen, daß er die Kriegsanleihe von einem unbekanntem Ranke, der in Geldverlegenheit war, auf der Straße erworben habe. Er erklärte sich aber bereit, die Papiere gegen Ertrag der gezeichneten Summe herauszugeben. H. hat dann auch 850 Papiermark an In. gezahlt, das Geld aber später im Abzugsverfahren zurückbekommen. In. entschuldigt sein Verhalten jetzt damit, daß er in der Furcht, B. könnte in die Sache verwickelt werden, diesen aus Kameradschaftsgefühl habe schonen wollen, nicht aber mit Rücksicht auf J., der ihm unsympathisch gewesen sei. Der Zeuge B. bestätigte diese Angaben des Angeklagten und erklärte mit Bestimmtheit, daß auch er bis zu der Festnahme des In. von der murechtmässigen Herkunft der Wertpapiere nichts gewußt habe. Auf einen Vorhalt des Vorsitzenden erklärte er: Solange J. es nicht für nötig hielt, sein Märchen aufzuklären, habe ich selbst keinen Anlaß dazu. Als dann In. das Wiederaufnahmeverfahren betreiben wollte, hätten er und J. auf ihn eingewirkt, davon Abstand zu nehmen, weil er doch nun einmal die Strafe verbüßt und die Zeit nicht mehr zurückbekäme. J. habe In. 1500 Goldmark und ihm 2000 Goldmark aus der Abfindungssumme versprochen, die er im Jahre 1927 nach zwölfjähriger Dienstzeit zu erwarten hatte, wenn sie das alte Märchen aufrechterhielten.

Der Vertreter der Anklage beantragte, nachdem J. rechtskräftig wegen Diebstahls verurteilt worden war, die Freisprechung des In. von dieser Anklage, hielt ihn aber der Hehlerlei für schuldig. Das Schöffengericht sprach In. von der Anklage des Diebstahls und der Hehlerlei frei. Eine Entschädigung für unschuldig erklarte Straftat wird In. kaum beanspruchen können, da er durch sein Verhalten die Verurteilung selbst verschuldet hat.

Durch Starkstrom getötet.

Einsturz einer Dampftramme.

Auf dem Bahnhof Brunenwald ereignete sich gestern ein schwerer Unfall. Der 24jährige Arbeiter Paul Paris aus der Leifstraße 66 war am Stellwerk mit Arbeiten an der Starkstromleitung beschäftigt. Beim Hantieren mit einer Eisenlange berührte P. die Stromleitung und wurde auf der Stelle getötet. Die Leiche wurde ins Charlottenburger Schauhaus gebracht.

Auf dem Gelände der Städtischen Elektrizitätswerke am Spreewald in Charlottenburg, wo zurzeit Bauarbeiten vorgenommen werden, stürzte gestern nachmittags eine etwa achtzehn Meter hohe Dampftramme um. Der Zimmermann Max Egers aus Hamburg wurde unter den Trümmern begraben, konnte jedoch von seinen Arbeitskollegen noch vor Eintreffen der alarmierten Feuerwehr aus seiner gefährlichen Lage befreit werden. Die Verletzungen waren glücklicherweise nur leichter Natur. Die übrigen Arbeiter der Kolonne, die in unmittelbarer Nähe der Dampftramme beschäftigt waren, hatten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen können.

Das Dunkel einer Nacht.

Die Frau, die sich überfahren ließ, festgestellt.

In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag warf sich eine zunächst unbekannt Frau auf dem Bahnhof Lichterfelde Ost vor die Räder eines Schnellzuges. Sie war auf der Stelle tot. Jetzt ist es gelungen, die Persönlichkeit der Selbstmörderin festzustellen. Es ist eine 28 Jahre alte Margarete Kind, die als Hausdame bei einer Familie in der Dürerstraße angestellt war. Am 1. Juni erbat und erhielt sie Urlaub, um ihre Eltern in Leipzig zu besuchen. Als sie am 6. Juni nicht, wie vereinbart, zurückkehrte, fragte der Hausherr bei den Eltern telephonisch an und erhielt den Bescheid, daß die Tochter rechtzeitig abgehafen sei. Wo sich das Mädchen in der Nacht vor seinem Tode aufgehalten hat, ließ sich nicht feststellen. Die Gründe, die die achtundzwanzigjährige zum Selbstmord veranlaßten, müssen deshalb zunächst in Dunkel gehüllt bleiben.

Weihe des neuen Reichsbannerbootshauses. Am Sonntag, dem 10. Juni, um 15 Uhr, weihet das Reichsbanner sein neues, in Tegelerstraße 1, gelegenes großes Bootshaus durch einen Festakt ein. Die Weiherede hat Stadtrat Henke, R. d. R., übernommen.

Neu-Strelitzer Versicherungsverbrehen.

Ein Versicherungsagent und ein Pächter unter Mordanklage.

Seit Dienstag spielt sich in Neu-Strelitz ein großer Mordprozess ab. Angeklagt sind der Versicherungsagent Brauer und der Pächter Krüger; sie sollen den schwachmünnigen Knecht Rohde ermordet haben. Der Sachverhalt ist kurz folgender.

Am 5. Februar v. J. verschwand plötzlich Rohde, der als Knecht auf dem Gut Krügers in Blankenburg beschäftigt war. Einige Tage später fand man ihn tot in einem Wasserloch. Man nahm an, daß er ertrunken sei und beerdigte ihn. Dann kam aber der Verdacht auf, ob er nicht eines gewaltsamen Todes gestorben sei. Man grub die Leiche aus, obduzierte sie, fand aber keine Zeichen des gewaltsamen Todes. Verdächtig schien folgender Umstand: Kurz vor dem Tode hatte sich Rohde bei der Berliner Versicherungsgesellschaft Agrippina für den Fall des Todes durch ein Unglück in der Höhe von 50 000 Mark versichert. Die Untersuchung ergab jedoch, daß die Versicherung auf Veranlassung des Versicherungsagenten Brauer geschlossen war und daß in Wirklichkeit an Stelle von Rohde sich Krüger auf dessen Papiere hatte vom Arzt untersuchen lassen und das Ergebnis der Untersuchung als Grundlage zur Versicherung gedient hatte. Es ergab sich auch ferner, daß sowohl Brauer als Krüger sich zu jener Zeit in äußerst mäßigen Vermögensverhältnissen befanden haben. Noch ein anderer Umstand wurde bekannt. Einige Zeit vorher war Brauers Lante gestorben. Auch sie war kurz vor ihrem Tode in der Höhe von 35 000 Mark versichert worden. Hinzu kam, daß laut Versicherungsvertrag nach Rohdes Tod Krüger die Prämie ausgezahlt erhalten sollte.

Die Verhandlung selbst begann mit einer Auseinandersetzung. Rechtsanwalt Bahn, der Verteidiger des Angeklagten Brauer, lehnte den bereits vom Totabwisch-Prozess bekannten Landgerichtsdirektor v. Buchta wegen Befangenheit ab. Er habe, erklärte der Verteidiger, in Erfahrung gebracht, daß der Vorsitzende den Staatsanwalt veranlaßt habe, gegen Krüger, der anfangs nur wegen Unterlassung einer Anzeige angeklagt war, die Anklage gegen diesen

aufs Wort auszubauen. Dies sei erst in den letzten elf Tagen geschehen, während die Untersuchung ein Jahr vier Monate gedauert habe. Durch diesen Schreck habe der Vorsitzende sich bereits vor der Verhandlung festgelegt. — Dem Ablehnungsantrag des Verteidigers wurde nicht stattgegeben. Aus dem nachfolgenden Erklärungen des Landgerichtsdirektors v. Buchta und des Oberstaatsanwalts Müller — es ist derselbe Oberstaatsanwalt, dessen eigenmächtiges Verhalten in der Wiederaufnahmefälle Totabwisch Gegenstand ausführlicher Presseerörterungen war — ergibt sich, daß die Aenderung der Anklage nach einer unerblicklichen Unterredung mit dem Landgerichtsdirektor zustande gekommen sei.

Sowohl Brauer als auch Krüger bestritten, an dem fraglichen Abend mit Rohde zusammenzusehen zu sein. Das Gericht bemüht sich festzustellen, wo Krüger die Mittel herzunehmen hoffte, um die jährliche Versicherungsprämie von 1600 Mark zu zahlen. Krüger erklärt, er habe gehofft, daß er auf diese Versicherung ein Darlehen erhalten werde, um durch dieses Darlehen seine Wirtschaft zu verbessern. Aber, hält der Vorsitzende dem Angeklagten vor, Sie haben ja selbst in der Voruntersuchung erklärt, Brauer gegenüber geäußert zu haben, daß es ihm unmöglich sei, die jährliche Prämie auszubringen und Brauer soll versprochen haben, daß er sie zwischen durch zahlen würde. Brauer will vom Untersuchungsrichter falsch verstanden worden sein. Er habe immer das aufzunehmende Darlehen im Auge gehabt.

Der Schriftführer bestätigt, daß die Unterschrift im Versicherungsvertrag tatsächlich von Krüger gefälscht worden ist. Für den Angeklagten Brauer ist aber charakteristisch, daß im Vertrage die Eltern Rohdes als tot angegeben waren, während sie in Wirklichkeit noch leben.

Zu der Verhandlung sind mehr als 100 Zeugen geladen. Er wird ebenso, wie der Fall des deutschen Mareks durch Röhre in das eigenartige Treiben der Versicherungsagenten hineingleuchten.

Die Versenkung der Phosgenbestände.

Im 4000 Meter tiefen Atlantik.

Hamburg, 8. Juni.

Auf Vorstellungen, die der Rat der Stadt Cuxhaven bei der Landberrenschafft und beim hamburgischen Gewerbeaufsichtsamt gegen die laut Pressemeldungen beabsichtigte Versenkung der Hamburger Phosgenbestände in die Nordsee erhoben hatte, haben Landberrenschafft und Gewerbeaufsichtsamt mitgeteilt, daß das Phosgen nicht in die Nordsee, sondern an einer 4000 Meter tiefen Stelle des Atlantischen Ozeans versenkt werden soll. Für den Transport der Restbestände des Gases nach dem Atlantischen Ozean sind der Hamburger Dampfer „Hubitspall“ und das Hamburger Lantmotorschiff „Grete Glad“ ausersehen. Die „Hubitspall“ ist bereits nach der Deutschen West gebolt worden, wo ihr Kabinen für die Planieren eingebaut werden, unter deren Mitwirkung die Versenkung des Phosgenes erfolgen wird.

Die „Italia“ an einer Klippe zerschellt?

Zunfsprüche zweifellos von Nobile.

Wie verlautet, soll der in Alaska in Nordamerika von einem Amateur aufgefangene SOS-Ruf Nobiles besagen, daß die „Italia“ an einer Klippe zerschellt sei, daß die Besatzung am Leben, jedoch zum Teil verletzt sei. Außerdem soll der Zunfspruch von Hunger und fürchterlicher Kälte berichten. Man vermutet jetzt, daß das Luftschiff bei der Hudson-Bucht gescheitert ist, doch lassen die unklaren Lageangaben auch einen Punkt nördlich von Spitzbergen als Unfallstelle zu. Auf der „Alfa di Milano“ ist man eifrig bemüht, die am gestrigen Nachmittag durch eine atmosphärische Störung abgebrochene Verbindung mit der „Italia“ wieder aufzunehmen. Darüber, daß

Funkwinkel.

Berlin, der Mittelpunkt des politischen Geschehens in Deutschland, ist nun auch im Begriff, sein wirtschaftlicher Mittelpunkt zu werden. Dr. Kurt Zielensger zeigte das in seinem Vortrag „Berlin als Wirtschaftszentrum“ an Hand einer Reihe interessanter Zahlen. Fast ein Viertel aller deutschen Aktiengesellschaften haben ihren Sitz in Berlin. Von den 1534 Reichsverbänden der Unternehmer entsallen auf Berlin 915, von den 904 Arbeitnehmerorganisationen 443. Mit seinen 4,2 Millionen Einwohnern hat Berlin eine höhere Bevölkerungsdichte als Dänemark, Finnland, Lettland oder Norwegen. In Preußen ist jeder zweite Mensch berufstätig, in Berlin ist das Verhältnis noch beträchtlich höher. Von seinen Einwohnern leben 54,27 Proz. im Beruf. Um diese riesenbevölkerung gesund und kräftig zu erhalten, dazu muß, wie Carl Better in seinem Vortrag „Wochenende tut not“ betonte, ein gründlicher Ausbau des Wochenendes betrogen. Immer mehr muß sich die Erkenntnis Bahn brechen, daß ein völliges Ausspannen nach keis harten Arbeitstagen zur Gesundheit und Gefunderhaltung von Geist und Körper unerlässlich ist. — Der Abend brachte ein Chortanzfest, das unter Prof. Hugo Rüdel's Leitung Funkschor und Funksorchester auf der Höhe zeigte. Die Leichtigkeit und Sicherheit, mit der die schwierigsten Kompositionen vom Chor gehalten wurden, war bewundernswert. Als Solistinnen wirkten Hete Rog und Hildegard Gojewsta mit. Die Kapelle Emil Kooß hat am Nachmittag ein gesymphonisches Unterhaltungsconcert, in dessen köstlichem Programm das Walzertraum-Potpouri allerdings nicht recht hincimpfte. Tes.

die Zunfsprüche von Nobile ausgehen, scheint kein Zweifel mehr zu herrschen.

Die Kommunisten veranstalteten gestern abend im Berliner Sportpalast, Potsdamer Straße, eine Kundgebung für die Freilassung der politischen Gefangenen. Der Berliner Polizeipräsident hatte, um Zwischenfälle zu vermeiden, den geschlossenen Zutritt zum Sportpalast verboten. Die Kommunisten kümmerten sich wenig um dieses Verbot, sie trafen sich in ihren Bezirken und marschierten auf dem Bürgersteig geschlossen in langen Reihen zum Sportpalast. Die Versuche einzelner Streifenbeamter, diese geschlossenen Aufmärsche zu verhindern, wurden mit Geldstern beantwortet. Als die Kommunisten dieses Spiel auch in der Nähe des Sportpalastes fortsetzten, wurde eine ganze Reihe von Rudestärkern verhaftet. Die Kundgebung im Sportpalast verlief vollkommen ruhig. Der Sportpalast war gut besetzt. Als Hauptredner des Abends sprach der Kommunist Bied, der bescheidenen Beifall fand, als er über seine Heldentaten in der Eröffnungsfeier des Bonhages berichtete und sich rühmte, daß man dort auch mit ganz herben Argumenten sprechen könnte. Er begabte weiterhin, doch es keineswegs dumme Jungen gewesen seien, die im italienischen Konulat die Scheiden eingeworfen hätten.

Trotz des polizeilichen Ullaugsverbotes formierten sich auch nach Schluß der kommunistischen Kundgebung im Sportpalast mehrere Trupps von jugendlichen Kommunisten und Rotfrontkämpfern. Die unter Schmähdreien geschlossen durch die Straßen zogen. Am Potsdamer Platz wurden 15 jugendliche Kommunisten und kurze Zeit darauf 13 Rotfrontkämpfer zur Wache gebracht. Während die Augenblicke nach Beistellung ihrer Personafien wieder entlassen wurden, mußten die Rotfrontkämpfer den Weg zum Alexanderplatz antreten, wo sie der Wst. ja zugeführt wurden. — Auf dem Potsdamer Platz hatte sich aus Anlaß der Zwischenfälle eine große Menschenmenge angeammelt.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Freitag, dem 8. Juni.

1. Rennen. 1. Reddito (Ch. Mills), 2. Gimmel (Ch. Mills), 3. Keller (Anagnabel jr.). Toto: 24:10. Platz: 12, 13, 10. Ferner liefen: Abendstern, Gandel, Unter I. Rana, Rebellappe, Kroja, Peter Epime, Dolman, Peter Hall, Gutesleben, Wirus.
2. Rennen. 1. Jannking (Ch. Mills), Turiddu (Küschel), 2. Angele (Gedek). Toto: 11:10. Platz: 11, 12, 13:10. Ferner liefen: Daleri, Einsebler, Morgenstern, Potsdam.
3. Rennen. 1. Naturhafte (Schreiber), 2. Heiber (Mies), 3. Theofrat (Wemzer). Toto: 29:10. Platz: 18, 18, 54:10. Ferner liefen: Rögler, Arthel, Beuhla, Linde, Biederstann, Galla, Silberpappel, Wartburg, Gontiane, Grogamer, Redardus, Jierde.
4. Rennen. 1. Lucie Watts (Kraus), 2. Dähle (Ch. Mills), Olympia (Grohmann). Toto: 19:10. Platz: 11, 11, 11:10. Ferner liefen: Orientalin, Heilstrap, Hiegerin, Trachtmähls Tochter.
5. Rennen. 1. Disfianer (Köppe), 2. Graf Donn (Koller), 3. Marie Julie (Kupper jr.). Toto: 47:10. Platz: 51, 24, 21:10. Ferner liefen: Puffschiller, P. Lumtzeff, Petronella A. Refing, Erandot, Campanilla, Kollendina, Beihern, O'Caplain Deetsberg, Arnoldina, Potsdam, Dant, Kerrigan jr., Karl Alexander, Galla, Amried, Tolleria.
6. Rennen. 1. Lodung (Dau jr.), 2. Peter Garwetter (Anagnabel jr.), 3. Barometer (Koppowik). Toto: 50:10. Platz: 29, 33, 66:10. Ferner liefen: Damsen Watt, Kanganarab, Franlet, Reinsca, Königsdaler, Trotter, Weimn.
7. Rennen. 1. Malteier (Anagnabel jr.), 2. Karimus (Ch. Mills), 3. Beate (Ch. Mills). Toto: 141:10. Platz: 17, 11, 14:10. Ferner liefen: Garfenmädchen, Liebesbote, DeLina, Flaggellend, Sparlette.
8. Rennen. 1. Aktion (Ch. Mills), 2. Reth Arnold (Prümmling), 3. Alpenfener (Ch. Mills). Toto: 12:10. Platz: 12, 17:10. Ferner liefen: Robena, Kameelan, Lindomgald.
9. Rennen. 1. Jlegrium (Kogal), 2. Baron Gabriel (Gzerlan), 3. Riederländer (Weidner jr.). Toto: 97:10. Platz: 26, 88, 61:10. Ferner liefen: Arleutischen, Laumukel Gaudiers Gloria, Koblenschtin, Friedrichsdor, Dunajec, Hiedemann, Teraria, Stastdörin, Erdling jr., Minni Galle, Gulanpiegel, Hauptmann, Kapit. Galle, Abdulab Silber.

3 MAIZENA = Rezepte für Frühling und Sommer

Rhabarber-Flammeri (6 Personen).

Von 12 Stangen Rhabarber werden die Blattstiele abgezogen und in recht feine Scheiben geschnitten, mit 1 Liter Wasser, 1 1/2 Pfund Zucker, der Schale eines Zitrons und mit Limt verköcht; man nimmt die beiden letzteren dann wieder heraus und gibt unter die kochende Masse 120 Gramm in Wasser aufgelöstes „Maizena“, läßt ordentlich durchkochen und gibt die Masse in eine mit kaltem Wasser ausgepülte Form. Der Flammeri wird mit einer kalten Vanillesauce serviert.

Stachelbeergrüße (6 Personen).

3 Pfd. Stachelbeeren, 1 Zitrone, 1 Pfd. Zucker, 160 Gramm „Maizena“.
3 Pfund un-eife Stachelbeeren gibt man nach dem Waschen in 1 Liter kaltes Wasser, etwas Zitronenschale und 1 Pfund Zucker und läßt dieses 1/2 Stunde kochen. Nun streicht man das Ganze durch ein Sieb oder einen Fruchtbeutel, quillt 160 Gramm „Maizena“ in 1/4 Liter Wasser glatt, gibt dieses unter die Masse und beendet wie Hamburger rote Grütze.

Flammeri mit Rischen (6 Personen).

2 Eier sehr reife Sauertischen werden ohne sonstige Zusätze solange gekocht, bis man die Kerne herauslösen kann, dann poffiert man durch ein Haarsieb, gibt 1/2 Pfund Zucker, das Abgeriebene einer sauberen Zitrone, 1 Nelke und 1/2 Liter Wein hinzu, kocht durch und rührt während des Kochens 120 Gramm „Maizena“, in Wasser aufgelöst, darunter. Dann schüttet man die Masse in eine mit kaltem Wasser ausgepülte Form und gibt beim Servieren eine Vanillesauce dazu.

Lucie.

Von Hermann Essig.

(Schluß.)

Die Umarmung war formell und steif. Als sie sich über „sein Mitgebrachtes“ freuen sollte, schritt Lucie ein enttäushtes Gesicht. Unter diesem Sachverhalt war das Beste, von Kartoffeln und Obst zu reden —

Dem widerstrebte ihr Eigenstirn, die Erinnerung daran, was sie heute von ihm beantwortet haben wollte, stellte sich langsam wieder in magnetische Richtung. Und mit der Gewalttätigkeit ihres ganzen Willens lenkte sie das Gespräch zur Liebe hinüber.

Wald stand er erbarmungslos im Examen. Und sein Weib stützte neben ihm, an ihm, voll Entzücken, daß er so herrlich bestand und der Mann sie so wahrhaftig liebte.

Aber warum wollte er ihren Küßchen immer ausweichen, warum wollte er es nicht merken, was sie von ihm wünschte. Es war noch ein Hinterhalt in ihm, den mußte sie erforschen.

Da. Nun kam sie an die letzte Pforte. Der Mann redete sich, als hätte er bis jetzt geschlafen. Dann fragte er sie. Das war die einzige Möglichkeit, dem letzten Bekenntnis seiner ewigen Liebe und Treue auszuweichen.

Lucie wurde unruhig und der Mann wurde immer interessierter. Es ging schließlich zu, wie in einem lebhaften Feuergefecht.

Das Ende war sürchbar. Lucie heulte erschütternde Reusitzänen, und der schwarze Mann zerstückte seine Haare wild, daß er aussah wie ein zürnender Prophet. Er schrie mit schreienden Worten: „Wir sind geschieden,“ betrauerte nach dem mehrertrännten Leib des schönen Weibes, ging dann mit entschlossenen Schritten zum Zimmer hinaus.

Lucie horchte auf, entsezt, mitten aus dem Schmerz des Weinens; wahrhaftig, er nahm draußen den Hut und den Mantel.

Sie sprang aus dem Bett. Das Zufallen der Korridorüre stärkte ihre montanden Beine. Sie schrie ihm nach: „Hans,“ laut, daß das Mädchen aus der Küche herausstürzte.

Am Hemb traf sie auf den Treppentritt hinaus und schrie dem Weggehenden verzweifelt seinen Rosenamen durch das Treppenhause. Aber er stand darauf nicht still.

Er ging.
Lucie brach in Ohnmacht zusammen. Hausbewohner trugen die arme Besessene zurück ins Bett.

Die folgende Nacht sah das Dienstmädchen bei ihr. Die Beiden fürchteten sich, er könne in der Nacht zurückkommen und schlafen.

Die Nacht verging bei elektrischem Licht und gespanntem Hörsch nach der Korridorüre. Und der Morgen kam nur wie ein Nicht-Verdunkler. Grau und düster war draußen das Wetter.

„Ach, die Einsamkeit war so alle Phantasie ernüchternd. Was sollte in Zukunft werden?“ —

Darüber sprach sich bald seine letzte Geldsendung aus. Damit konnte sie wie bisher ein Jahr weiterleben und in dieser Zeit sollte sie sich nach etwas umsehen, das ihr das Fortkommen sicherte.

Sein Brief lautete: „Du hoffst ja kein Kind, für das Du zu sorgen hättest.“ Du wirst darum auch keine weiteren Geldopfer von mir verlangen . . .“

Es war zum Einsehen, was er argumentierte.
Aber warum konnte er nicht bei ihr bleiben? War es denn so schämlich, daß sie seine frühere Beziehung, welche sie bisher hartnäckig geleugnet, ihm endlich eingestanden hätte?!

Ja, es war ihre Dummheit, offen zu sein.

Wie mußte sie diese Dummheit büßen! Das Glück ihres Lebens wäre von ihrer Ausdauer im Leugnen, in der Beharrung, in der Lüge abhängig geblieben.

Und sie grüßte dem Manne nicht. Ein Weib ist nur um ihrer Verschlossenheit willen zu achten, sagte sie sich. Was ist es für ein Weib, das dem Manne das Ertragen einer Unkeuschheit zumutet. Was ist es für ein Mann, der sie trägt! Dieses Ueberlegen kam ihr zu spät.

Nun sah sie voraus, daß sie bald wieder nichts war, als die arme Träne, welche ein reicher Baron hinter den Lumpensack für sich hervorgeholt hatte.

Sie schloß sich als Romanfigur. Und in diesem schönen Gefühl lag ihr einziger Trost.

Einmal in ihrem Leben war sie doch reich und glücklich gewesen, davon hatte sie jetzt das harte Trübsal und Schicksal in der Knecht, das Heulen über alles, was ihr zufließt.

Man hielt sie nicht gerade für verrückt, aber doch hielt man sie reich zum Irrenhaus.

Beil sie beim geringsten Dinge gleich heulte.
Suchte sie irgendwo Arbeit, fragte sie: „Haben sie keine Arbeit für mich?“ und gleich schluchzte sie so laut hinaus, daß ihre Bemerkung nur selten Erfolg hatte.

Wie mußte sie oft hungern, daß sich der Knecht einzog, an dem das schöne Kind ernährt worden war zu dem schönen prächtigen Jungen, dem der Arzt und die Hebamme zusammen den Hotsmittel bei der Geburt abgeriffen hatten.

Es war ihr Wahnsinn, daß die beiden ihr Schicksal verduldeten. Es war nicht ihr Wahnsinn, sondern es war ihr Schicksal.

Auf dem St. Mathäi-Friedhof lag es, das Kind. Sie suchte es jedesmal es jeden Morgen. So daß es bald das ganze Stadtmietel, wo die Lucie wohnte, wußte.

Die arme Lucie.
Ein Weib mit einer hoarwarzen zuletzt auf der Wade, damals ein junges Mädchen mit einem Schönheitsfleck auf der Wange.

Die Witte hatte oft tagelang nichts zu essen und ließ doch immer hinaus auf den Friedhof an die wild umwucherte verdeckte Stelle, wo vom Goldregenbaum im Frühling die schwarzen goldenen Trauben herabhängten.

Dort sah sie niemand, wie sie als „schöne junge Frau, den innigen Liebestauf auf die Bodenstirn des Knaben drückte“ — so wählte sie ihn im Geiste vor sich —

Berühmte der Baum, so hingen lange Schatten an den Zweigen. Auch dann war sie draußen und sah den Schoten zu, wie sie reiften.

Das laufende Dorf. Das kleine italienische Dörfchen Cassala, das 200 Häuser zählt, ist im Donaulauf begriffen. Es rückt von dem Abhang unauffällig hinunter in die Ebene und hat bereits 200 Meter zurückgelegt. Es ist nämlich auf einen Felsen gebaut, der langsam abwärts, ohne die Häuser unmittelbar zu gefährden. Immerhin hat die Bevölkerung vorwärtsüber die Wohnungen gedrängt und sich in der Ebene angehebelt, um hier das Ergebnis des Abwärtsfahrens in Sicherheit abzumachen.

Der rote Löns.

Don Anderffon, ein schwedischer Arbeiterdichter.

Wer weiß von ihm etwas? Höchstens die, denen das Glück bechieden war, den Lautensänger Sven Scholander, den feurigen Alten aus dem Schwedenland, zu hören. Er erkannte das Genie seines jungen Landsmannes, die packende Schönheit der Dichtungen eines fahrenden Gesellen, den ein tragisches Geschick früh ins Schattenreich hinübertrieb . . . Sven Scholander überlegte die Gedichte Don Anderffons, komponierte sie, sang sie auf seinen Reisen durch Deutschland und eroberte mit ihnen die Herzen der Arbeiter im Sturm. Denn es waren die Lieder eines Propheten, der seine Herkunft nie verleugnete und seiner sozialistischen Ueberzeugung treu geblieben ist bis zum letzten Atemzug . . .

In der Strahanfallt Blöhensee hörte ich Sven Scholander zum erstenmal. Dort sang er an einem Sonntagmorgen — in der Anstaltskirche — vor den Gefangenen. Sang die Lieder des jungen Anderffon, nachdem er denen, die in blauen Drilljacken vor ihm saßen und mit äußerster Spannung seinen Worten lauschten, von dem Lebensweg und dem Schicksal seines Landsmannes erzählt hatte. Ihm Beifall durch handclässigen Ausdruck zu geben, war den Gefangenen nicht gestattet. Nach jedem Liede erhoben sie sich von den Plätzen. Standen zwischen den Bänken wie die Bäume — fest, verwurzelt — minutenlang. Bis ins Innerste ergriffen. Zum Schluß der Feierstunde rannete einer von ihnen zu dem greisen Sänger hin und schüttelte ihm beide Hände: für alle! Ein Blumenstrauß, im Gefängnisgarten gepflückt, hielt dann der weißhaarige Sanger in seinen Händen — für Don Anderffon. Erschüttert verließ Sven Scholander die Gefangenen. Mit seinen humorvollen Liebern hatte er sie erheitert, mit den Liedern Don Anderffon aber in einen seltenen Bann gerissen — ihr Innerstes aufgewühlt — gleiche Seiten in ihnen angeschlagen — durch die Lieder eines Menschen, den sie als Freund, Kamerad und Kämpfer empfanden. Die Volkstochter eines Freiheitskämpfers hatten sie gehört, eines Kämpfers für soziale Gerechtigkeit. Die Gestalt eines ruhelosen Wanderers vor ihnen, den innige Heimatliebe von einem Ort zum anderen trieb, um die Heimat austreten zu können von Grenze zu Grenze. Abends, wenn er unter Köhlern, Fischern oder Fischern vor dem Zelt oder der Hütte saß, über sich das Leuchten der Sterne, um sich das Soufen der Wälder und das Brausen der Ströme, die Gefährten in ihren Decken und Fellen auf dem Boden lagen und schliefen, dann blühte er in die rote Leuchte des Lagerfeuers und wühlte in der stillen Stunde, die ein neues Lied gebar, sein Herz schloß für das schaffende Volk . . .

Don Anderffon war der Sohn eines armen Kleinbauern und Dorfschullehrers in Dalekarlien. Schon als Neunjähriger mußte er mit seinen zahlreichen Geschwistern in die großen Wälder hinaus, um mit eigenen Händen das tägliche Brot zu verdienen. Seine ganze Jugend verlebte er als Waldarbeiter. Arbeitete als Fischer, Köhler und Hausierer. Trachte auch als Bogenschütze durch das Land. Oft zog er mit einem fast erblindeten und einem schwachmühtigen Bruder von Dorf zu Dorf, um den Leuten zu Kindtaufe, Hochzeit oder Begräbnis — wie es gerade kam — aufzuspielen. Begrub auch selbst einen Gefährten, trug ihn mit anderen auf seinen Schultern meilenweit über Land zum Friedhof. Sang davon ein Lied. Hier ein Vers:

Wie der Sarg nun schaukelt langsam durch die Oede, Schritt für Schritt,
Beht ein Schwelgen über morgenschwerer Au,
Und der Wind bleibt stehn und lauscht, wer so schwer und wuchtig tritt
Ueber Rollen hin, durch Morgendämmerung grau.
„A ist nur die, unser Spielmann“, rauschen die Früchte, singt der Lenz,
„Seine Heimatlosen Jahre sind vorbei.“
„E wie lustig — ruft der Wind —, wenn ein Drafan ich wär, nun dann
Dy spielt ihm vor die allerbesten Melodi!“

Verlorene Mühe.

Wozu Lineal und Zirkel nicht ausreichen.

Der zweitausend Mark zahlen soll und nur tausend Mark hat, steht vor einer mit „eigenen Mitteln“ unlösbaren Aufgabe. Ebenso unlösbar ist das „Problem“, mit einer zehn Meter langen Leiter vom Erdboden aus ein zwanzig Meter hohes Fenster zu erreichen. Man ist sich darüber ohne weiteres klar und weiß auch, daß alles Nachdenken verlorene Mühe ist, sofern man nicht die Möglichkeit hat, zu fremden Mitteln zu greifen — im ersten Falle zu geborgtem Geld; im zweiten zu einer längeren oder zweiten Leiter.

Ganz genau so verhält sich's mit einigen Aufgaben der Mathematik, an denen sichtlichweise noch immer getüftelt wird, obgleich auch das verlorene Mühe bedeutet. Da ist zunächst die Dreiteilung des Winkels. Die Aufgabe, einen beliebigen Winkel mit Zirkel und Lineal in drei gleiche Teile zu teilen, ist unlösbar — nicht etwa, weil bisher noch niemand die Lösung gelang, sondern weil die vorgeschriebenen Mittel nicht ausreichen. Den Beweis dafür brachte der berühmteste aller Mathematiker, C. F. Gauß; und niemand, der diesen Beweis versteht, wird sich weiter um die Dreiteilung des Winkels kümmern. Sie ist erledigt; nur ist das leider nicht so leicht einzusehen, wie etwa die Unlösbarkeit einer der beiden eingangs genannten kindlich einfachen Aufgaben. Wer sich heute noch um die Winkelteilung bemüht, zagt damit nur, daß er ein schlechter Mathematiker ist, weil er den Gaußschen Beweis entweder nicht kennt oder nicht verstehen will. Der immer wieder auftauchende Hinweis, daß schon mancher Laie die Fackel durch unwürdigen Erkenntnis überträgt habe, ist hier ganz unangebracht; denn es handelt sich gar nicht darum, eine Aufgabe zu lösen; nur eben in dem Sinne, daß Zirkel und Lineal zur Winkelteilung nicht ausreichen. Man kann ebenfalls Näherungs-konstruktionen finden, die aber gar keine Bedeutung haben und durchwegs viel umständlicher und ungenauer sind als die einfache Benutzung eines Winkelmessers, wie er zu jedem Maßzeug gehört.

Ebenso verhält es sich mit der Quadratur des Kreises, also mit der geometrischen Konstruktion eines Quadrates, das einem gegebenen Kreise flächengleich sein soll. Auch für diese Konstruktion reichen Zirkel und Lineal allein nicht aus, wie der Mathematiker Lindemann im Jahre 1882 bewies. Und wieviel tausend mathematisch interessierte Laie haben es trotz Gauß und Lindemann immer wieder versucht, das Unmögliche möglich zu machen! Gewiß darf man sich darüber freuen, daß so viele Leute Neigung zu wissenschaftlicher Arbeit haben; andererseits aber ist es zu bedauern, daß sich diese Neigung gelegentlich auf so abwegigen Bahnen verjagt. Es ist überhaupt nicht leicht, auf mathematischem Gebiete irgend etwas wirklich Neues zu finden. Dazu gehört gewaltiges Können, das sich nur durch jahrelangen Fleiß (bei guter mathematischer Begabung) erkämpfen läßt. Wer sich aber ohne dieses Können gern mit mathematischen Fragen beschäftigt, dem raten wir, sich

Don Anderffon war von einer tiefen Liebe zu seiner Heimat befezt. Als ihn in jungen Jahren ein Dattel nach Amerika geholt hatte, wurde er schon nach kurzer Zeit von einer durch nichts zu ersühenden Sehnsucht nach seinem Heimatland gepackt — nach einem halben Jahr bereits fuhr er als Schiffsjunge seinem geliebten Schwedenland wieder entgegen. Aus dieser Zeit das wilde, urkräftige Lied vom „Bootsmann Jansson“:

Heiho, Bootsman Jansson, wird dein Schicksal wohl sollen
Nicht auf Weibsteu, sondern Hale in der Sübsee, irgendwo?
Vielleicht lauert Heiter Tod hinter Stümpfen von Korallen?
Er ist herb, aber ehrlich — so sing heihoh!

Vielleicht sigelst du als Farmer, wenn schon alt, in Alabama,
Dreißig Jahre schichte färben dir die Schäfte grau? Recht so!
Hast du Sine dann vergehen für 'ne Dinn in Hokobama,
's ist wohl lairig — aber menschlich! So sing heihoh!

Mit 22 Jahren kam Don Anderffon in eine Volkshochschule — Brunswik — oben in Norddalarlien und blieb dort drei Jahre. Lerne in dieser Zeit viele Sprachen, studierte Philosophie, Testhetik, Literatur und sang — 25 Jahre alt — zu dichtern an. Am Alter von 32 Jahren wurde er von seinem tragischen Schicksal ereilt. Auf einer Reise stieg er in einem Stadthotel ab, suchte abends sein Zimmer auf, schlief ein — und erwachte niemals wieder. Gengos, das von einer vorhergegangenen Desinfektion zurückgeblieben war, hatte den jungen Dichter getötet. Schweden stand an der Bahre eines seiner hoffnungsvollen Söhne. Heute, nachdem man einen Ueberblick über die Werke dieses proletarischen Dichters gewonnen hat, darf man sagen, daß die internationale Arbeiterbewegung mit Don Anderffon einen unersehlichen Verlust erlitten hat. Er war Blut von ihrem Blut, Geist von ihrem Geist. Leider ist bisher das Wenigste von dem Werk Don Anderffon ins Deutsche übersezt. Er hat auch Novellen und Romane geschrieben. Sven Scholander hat mir in seinem Berliner Heim Lieder vorgesungen und vorzählt, in denen sich die heiße Liebe Don Anderffons zum Proletariat, sein ganzer Jörn gegen jede Unterdrückung, gegen Anechtshaft und Unrecht offenbart. Aber auch die Tiefe seiner Gefühlswelt und Naturliebe, aus denen die wunderschönen Gestalten realistisch emporsprangen. Und die schönste und herrlichste Stimmung bleibt nicht bloße „Stimmung“, schwebt nicht im luftleeren Raum, sondern läßt immer das Herz eines Kämpfers herporstücken:

Meilenweit liegen Felder und Häuser von hier,
Wo der Frost hier mit eifrem Hauch
Hier ist's lustig beim kammenden Stadteuer, wo mir
Sind umwoben von Funten und Rauch
Mit niedlich, Brogen, im Feuerplatz rot,
Mit der schwarzenbraunen Geige parol,
Quas Efen und Brannwein — da hat's keine Not:
Deine Strn wie die Sonne, Kamerad!
Und du, der du sigt mit der Pflanz, Freund Johr,
Wie'n Baron in der Rollenstracht,
Wenn auch ich und geachtet deine Haut, bist du schon
Einem Gott gleich in ruhiger Tracht!
Und Wolfstrams-Friedrich, du lachender Mann,
Den Glenden Heiter und Trost,
Sng ein Lied deiner ländlichen Jugend — und dann
Dainer knobendsten Seels ein Prost!

Herszellen aus dem Gedicht „Fischerabend in der Block-Lütte“. Von den wenigen Liedern, die in deutscher Sprache (Sven Scholander hat sie auch vertont) vorliegen, habe ich keine weiteren aufzuzählen können. Aber die wenigen lassen wissen, warum ich vom roten Löns, der den Glenden Heiter und Tröster war, sprach.
Hilfred Frickhe.

auf die Anwendungen der Mathematik in Naturwissenschaften und Technik zu beschränken. Da gibt es lohnende Aufgaben in Hülle und Fülle, und wenn sie auch die Wissenschaft nicht gerade um Jahrzehnte überholen, so genügen sie doch der inneren Befriedigung dessen, der sich mit ihnen beschäftigt und der — vielleicht doch einmal etwas findet, was dem Ingenieur oder dem Naturwissenschaftler irgend-ein Rechenverfahren erleichtert.

Wie man in einer Sowjetbuchhandlung Bücher kauft

Ein Wärter des heiligen Sowjetbureaokrismus, wie er sich in manchen Städten gebildet, sing folgende Anekdote: In Kurst befindet sich seit kurzer Zeit eine Sowjetbuchhandlung. Man will hier natürlich Bücher kaufen. Der unglückliche Käufer eines Buches mußte seinen leeren Bogen mit bitter bezahlen. „Haben Sie auch eine Erlaubnis vom Vorgesetzten?“ — „Nein, wozu denn?“ — „Ohne Erlaubnis wird kein Buch verkauft.“ — „Aber erlauben Sie . . .“ — „Vertieren Sie nicht unnötig viel Zeit, ohne Erlaubnis gibt's nichts.“ — Der Käufer geht nun auf die Jagd um Erlaubnis. „Wozu in die Verwaltung. Ich möchte ein Buch kaufen.“ — „Wollen Sie sich in die Abteilung für Volksbildung begeben.“ — „Wohin auf zur besagten Abteilung. Hier schreibt man der Käufer nach einem Formular sein Gesuch auf und möchte es abgeben. Doch Gesuche nimmt nur der Sekretär entgegen. Er sucht den Sekretär auf. „Kommen Sie morgen wieder,“ heißt es da. — „Ich bin aber auf der Durchreise.“ — „Kommen Sie morgen früh, eher geht's nicht.“ Am anderen Morgen stellt sich der Käufer wieder ein. „Wenden Sie sich an die Abteilung für Volksbildung.“ — „Da war ich ja schon gestern.“ — „Das Gesuch ist durch die Registratur dahingeführt worden.“ Der Käufer begibt sich also, auf das Schlußstege gefast, in die betreffende Abteilung und wendet sich an den Vorgesetzten. „Sofort wird das erledigt sein, ich werde nur zum Vorgesetzten gehen,“ erklärt dieser. Nach einer halben Stunde kehrt er zurück, auf dem Gesuch steht: „Zu gestatten.“ — „Ihr Gesuch bleibt hier. Sie bekommen ein Duplikat.“ Endlich, nach einer reichlichen Stunde, hat der Käufer seine Erlaubnis. Er eilt in den Laden. Hier ist die Erlaubnis, kann ich nun das Buch bekommen?“ — „Ja, nun müssen Sie erst in die Verwaltungstasse gehen und dort bezahlen. Aber haben Sie doch ein Einsehen, ich muß heut abfahren, wenn ich noch zur Kaffe laufe, komme ich zu spät.“ — „Das geht uns nichts an.“ Der Käufer macht noch einen Spaziergang zur Verwaltungstasse. Dort wird die Rechnung abgestempelt und muß nun zur Buchhalle gebracht werden. Hier wird ein Bemerkung aufgeschrieben und der Käufer wieder zur Kaffe geschickt. Endlich sind alle Hindernisse überwunden, der Kassenbe erhält sein Buch und läuft zum Bahnhof. Dort kann er nur feststellen, daß der Zug sich diesmal nicht verspätet hatte, sondern schon abgegangen ist und der nächste geht erst morgen . . .

25 Jahre Redlicher Pionier.

Von Friedrich Dill.

Im Jahre 1844 gründeten 28 Flanellweber, die weltberühmten Redlichen Pioniere, im englischen Rochdale den ersten Konsumverein. Sie legten ihre Sparspinnige zusammen, kauften Waren ein und brachten sie wieder an die Mitglieder der so entstandenen Genossenschaft zum Verkauf. Der Schritt dieser Weber war zunächst eine Art Selbstverteidigung; sie wollten sich vor der Ausbeutung des Krämers, vor der Warenverfälschung und der Verwahrlosung durch den keinen Ladeinhaber schützen; aber die Lehren, die sich die Redlichen Pioniere von Rochdale gaben, bewiesen, daß sie schon damals ein lehrreiches Ziel hatten: die Befreiung von den Fesseln der Lohnsklaverei. Da sie nun einmal beim organisierten Warenbezug, bei der Gründung eines Konsumvereins angelangt waren, lag das andere Ziel, die kapitalistisch-anarchistische Wirtschaft von der Seite des Konsums her zu organisieren, nur nahe. Sie wollten Produktion für den Gebrauch anstatt Produktion für den Laich. Diesen Weg bewußt beschritten zu haben ist die große Tat der Redlichen Pioniere von Rochdale. Ihre Erfolge kennt die Welt. Die Idee der Redlichen Pioniere von Rochdale wurde auch in aller Form die Grundlage für die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung, als es am 17. und 18. Mai 1903 in Dresden zu der

des Allgemeinen Verbandes zu entwarf; zur Trennung kam es aber erst nach Jahrzehnten in Kreuznach und dann 1903 zur Gründung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine. Die Gründungsversammlung wurde von 621 Delegierten aus 302 Konsumvereinen besucht; sie fand in Dresden statt, also an der Stätte, wo Max Kadestock wirkte, der als Direktor des Verbandes sächsischer Konsumvereine jene Entwicklung, die mit dieser Tagung ihren vorläufigen Abschluß fand, wesentlich bestimmt hatte. Mit dem Schritt, der in Dresden getan wurde, vollzog sich ohne Zweifel ein Stück Emanzipation der deutschen Arbeiterschaft und Heinrich Kaufmann stellte am 18. Mai 1903 unter Beifall der Delegierten der Gründungsversammlung am Schluß einer proklamierten Rede fest:

„Wir haben gesehen, daß die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung als ein Zweig des großen Konsumgenossenschaftsbaumes mit der englischen Wurzel eins ist. Die Grundlage, welche die Redlichen Pioniere gelegt haben, die Grundzüge, welche sie aufgestellt haben, und das Ziel, das sie sich gesetzt haben, gelten heute in Deutschland wie in England und wie in allen Kulturländern. Die moderne deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung ist keine Abkehr von den großen, grundlegenden konsumgenossenschaftlichen Prinzipien, sondern viel eher eine Rückkehr zu denselben. Nicht etwas Neues wollen wir heute, sondern es ist das Alte und Bewährte, was wir wollen und was wir ganz wollen. Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung stand unter dem Banner des Allgemeinen Verbandes in Gefahr des Absterbens, der Verimpfung und der Verfallenerung. Was wir wollen und erstreben, ist frühlingsfrisches, konsumgenossenschaftliches Leben, Fortwärts- und Aufwärtsentwicklung. Es ist Frühling geworden in der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung. Möge diesem Frühling ein fruchtbarer Sommer und ein leuchtender Herbst folgen, auf daß noch die spätesten Geschlechter segnen mögen die Dresdener Tage als den Geburtsstag eines selbständigen Gesamtverbandes aller deutscher Konsumvereine.“

Die Statistik des Allgemeinen Verbandes wies vor der Gründung des Zentralverbandes in Dresden 638 Konsumvereine mit 631.000 Mitgliedern auf. Diese verfügten über ein Eigenkapital von 18,9 Millionen Mark und erzielten einen Umsatz von 156 Millionen Mark. Von dieser stattlichen Heerschau verlor der Allgemeine Verband durch Dresden gut zwei Drittel. Zwischen dem Jahre 1906 und der Jubiläumstagung, die der Zentralverband Deutscher Konsumvereine in der nächsten Woche in Dresden abhalten wird, liegt

eine beispiellose Entwicklung.

denn 1908 waren dem Zentralverband erst 666 Konsumgenossenschaften mit 573.085 Mitgliedern angeschlossen; 1927 waren es 1086 Genossenschaften mit 2.900.969 Mitgliedern. Die Zahl der Verteilungsstellen wuchs von 1597 auf 9290. 1903 wurde ein Erlös von 12,7 Millionen Mark aus selbst produzierten Gütern (in der Hauptgasse Süderel und Fleischerel) ausgewiesen, 1927 jedoch 241 Millionen Mark. Beschäftigt wurden 1927 43.984 Personen gegenüber 6440 Personen im Gründungsjahr. Die Großeinlaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, die bei der Gründung des Zentralverbandes in Dresden Parte stand, legte im Jahre 1927 373 Millionen Mark um, wovon fast 17 Proz. auf die Eigenproduktion entfallen.

Wir wünschen dem Jubiläum von Herzen, daß er sich in den nächsten Jahren selbst übertrifft. Viel Glück zur weiteren Arbeit!

Wie sage ich es meiner Steuerbehörde?

Berlin-Gubener Hut A.G. verdient 32 Prozent, zahlt aber nur 16 Prozent Dividende.

Ein Unternehmen, das alljährlich ein Viertel seines Kapitals und mehr verdient, hat es nicht leicht, seine Gewinne vor der Steuerbehörde zu verheimlichen. In dieser unerfreulichen Lage befindet sich auch die Direktion der Berlin-Gubener Hutfabrik A.G., die seit 1924 weit mehr als ihr gesamtes Aktienkapital von 5,2 Millionen Mark verdient hat. Die Gesellschaft hätte also Jahr für Jahr 25 Proz. Dividende zahlen können. Um aber außerhalb der Aktionäre nicht allzu unliebsames Aufsehen zu erregen, hat die Gesellschaft es vorgezogen, in den letzten Jahren nur 14 und 16 Proz. auszuschütten und hat den letzten Satz auch für das Referatjahr 1927 beibehalten.

Die Uebergewinne wanderten in alle möglichen Schupfwinkel. So wurde in den letzten Jahren außer der schon bestehenden gesetzlichen Reserve eine Sonderreserve von 200.000 M. geschaffen, während weitere Gewinne von 500.000 M. in einen sogenannten Dispositionsfonds flossen, in dem nach den Angaben der Direktion die für die Rationalisierung und Umstellung der Betriebe notwendigen flüssigen Mittel bereitgehalten werden sollten. In ihrem Bericht von 1927 oder erklärt die Verwaltung, daß sie die Umstellung der Betriebe aus laufenden Gewinnen bezahlen konnte und den Dispositionsfonds daher nicht anzugreifen brauchte. Auch diese halbe Million fließt daher jetzt den Reservefonds zu, die sich damit auf 25 Proz. des Aktienkapitals erhöhen.

Da die Verwaltung aber den Weg der Anhäufung von Reserven nicht bis ins Unendliche fortsetzen kann, hat sie jetzt einen anderen Ausweg gefunden. Nach Abzug von normalen Abschreibungen, wie sie in Höhe von 162.000 M. in den beiden letzten Jahren vorgenommen wurden, verbleibt für 1927 ein Reingewinn von 1,66 Millionen Mark. Die Gesellschaft könnte also 32 Proz. Dividende zahlen, wenn sie wollte. Da aber die Verwaltung plötzlich entdeckt hat, daß ein solcher Mobwechsel ungünstige Rückwirkungen haben könnte, sieht sie sich „genötigt“, ihre normalen Abschreibungen von 162.000 M. diesmal auf 741.000 M. (!!), also fast um das Fünffache, heranzuführen, womit dann der überflüssige Reingewinn glücklich untergebracht wäre.

Damit nun die Aktionäre nicht allzu sehr aufmucken, ist auch ihnen ein fetter Bissen zugebott. Die Gesellschaft schwimmt zwar im Gelde, hält aber trotzdem eine Kapitalerhöhung (zur Verwirklichung des Aktienkapitals. D. Red.) um 1,05 Millionen auf 6,3 Millionen Mark für erforderlich. Zurzeit liegt der Kurs an der Börse 430 Proz., d. h. eine 1000-Mark-Aktie der Berlin-Gubener Hutfabrik kostet 4300 M. Die jungen Aktien aber sollen im Verhältnis 5:1 an die Aktionäre zu Part. d. h. zu 1000 M. je Stück, ausgegeben werden. Als ein Aktionär, der zurzeit 30 Stück Aktien

zu 1000 M. besitzt, die einen Wert von rund 215.000 M. darstellen, erhält von den jungen Aktien 10 Stück zu je 1000 M. Da der Kurs der jungen Aktien sich schnell dem Stand der alten nähert, verdient also dieser Aktionär, der in Finanzsorgen immerhin nur als „kleiner Finkler“ angesehen wird, rund 33.000 M., ohne den Finger krumm zu machen. Die Summen, die bei Großaktionären hängen bleiben, sind danach leicht vorstellbar. Außerdem nehmen die neuen Aktien, die erst zum August mit 25 Proz. einzuzahlen sind, an der vollen Tagesdividende für 1928 teil, so daß also auch daraus noch ein hübscher Sondergewinn fließt.

So wird wohl für die bevorstehende Generalversammlung auch den anspruchsvollsten Aktionär der Mund gestopft sein, und Direktion und Aufsichtsrat können in Ruhe ihrer Entlastung entgegensehen. Die 3000 Mann Belegschaft aber, die bei jeder noch so geringen Lohnerhöhung von den Unternehmern zu hören bekommt, daß die „händig machenden“ Löhne die Konjunkturgewinne meßfressen, werden jetzt wissen, was Konjunkturgewinne für das Unternehmen und die Aktionäre bedeuten.

Die Welle der Fusionen.

Zusammenschlüsse in Metallwirtschaft und Gummi-Industrie

Die Metallbank und Metallurgische Gesellschaft und die Metallgesellschaft in Frankfurt a. M. haben beschlossen ihre bisherige Interessengemeinschaft in eine Vollfusion umzuwandeln. Die Gründe zu dieser Verschmelzung liegen einmal darin, daß der völlig gleichartige Aufbau der Handelsorganisation beider Gesellschaften zu einer Zusammenlegung wie geschaffen ist und außerdem hat sich gezeigt, daß die Metallgesellschaft als reines Handelsunternehmen bei der heutigen Organisation der Metallwirtschaft keine ausreichende Betriebsergebnisse mehr erzielt. Die Metallbank, die auch starke Interessen in der chemischen und Eisenindustrie besitzt, wird zur Durchführung der Fusion ihr Kapital um 25 Mill. Mark erhöhen, so daß die neue Gesellschaft über 70,8 Mill. Mark Aktienkapital verfügen wird. Das Unternehmen wird damit der stärkste Metallkonzern auf dem europäischen Kontinent sein.

Auch in der Gummiindustrie sind Verhandlungen im Gange, die den Zusammenschluß mehrerer führender Werke bezwecken. So hat die Continental Caoutchouc Gesellschaft, Hannover, erst kürzlich bei den Gummifabrikanten in Hannover maßgebenden Einfluß gewonnen und steht zurzeit mit den Harburger Gummifabrikanten „Boenigk“ in Verhandlungen. Ob der Zusammenschluß bis zur völligen Verschmelzung der drei Unternehmen, die zusammen mehr als 53 Mill. Mark Kapital besitzen, durchgeführt werden soll, steht noch nicht fest. Sicher aber ist, daß die Konzentrationsbewegung in der Automobilindustrie, dem größten Gummiverbraucher, sowie die starke Konkurrenz der amerikanischen Reifenindustrie und die Erschütterung des Rohgummimarktes durch die Aufhebung der englischen Gummirestricttionen die deutsche Gummiindustrie zu einheitlichem Zusammengehen zwingen.

Eine Erklärung der Arbeiterbank.

Zu den von uns bereits mitgeteilten Veränderungen im Direktorium der Arbeiterbank teilt die Verwaltung folgendes mit: „Der bisherige Direktor Bern Meyer ist aus dem Vorstand der Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamten N.G. ausgeschieden. Bis für Meyer ein neues Vorstandsmittglied gewählt ist, wird die Bank von Direktor Dr. Paschmann allein geleitet. Der Austritt Meyers ist mit Zustimmung des Aufsichtsrates erfolgt.“

In der Öffentlichkeit sind an den Austritt von Direktor Meyer Vermutungen geknüpft worden, als ob interne Streitigkeiten über die Geschäfte der Bank und ihre zukünftige Tätigkeit bestanden hätten. Diese Vermutungen treffen nicht zu. Die Bank wird ihre bisherige Geschäftspraxis unverändert fortführen. Sie braucht um so weniger davon abzuziehen, als ihre erfreuliche Aufwärtsentwicklung und auch ihr gegenwärtiger günstiger Stand keinelei Anlaß bieten.“

Durchführung der landwirtschaftlichen Umwidlungsaktion. Die Umschuldungskredite, die einen wesentlichen Teil des Umwidlungsprogramms bilden, werden schon in den nächsten Wochen zur Ausgabe kommen. Es handelt sich um eine Summe von 25 Mill. Dollar. Die Kreditauskünfte werden in ziemlich allen Ländern schon in der kommenden Woche ihre Tätigkeit aufnehmen. Für Preußen sind die notwendigen Anweisungen durch die Oberpräsidenten bereits ergangen. Von der zuständigen Reichsstelle sind die Formulare ausgegeben und den Landesbanken zugestellt worden, auf denen der Einfachheit halber die Kreditbewerber ihre Anträge einzureichen haben. Die Einreichung erfolgt über die örtlichen Genossenschaften, Sparkassen und Banken, mit denen der betreffende Landwirt in dauernder Verbindung steht. Die Anträge gelangen dann an die Landesbanken bzw. die bei ihnen tätigen Kreditausschüsse. Man hofft, in drei bis vier Wochen die Unterlagen besorgen zu haben, so daß nach weiteren zwei Wochen mit den ersten Auszahlungen begonnen werden kann.

Die Ferngasversorgung im Saargebiet. Die Pläne zur Schaffung einer vom Saargebiet ausgehenden Ferngasversorgung im Saarrevier selbst haben nunmehr greifbare Gestalt angenommen. Die Gründung einer Ferngasgesellschaft Saar steht unmittelbar bevor. An dieser Neugründung sind die saarländischen Kommunen und Kommunalverbände, die Hüttenwerke an der Saar und die Gasanleitungs-Gesellschaft beteiligt. Die Mehrheit liegt mit 58 Proz. in den Händen der Kommunen. Als Gaslieferanten treten die Hüttenwerke auf, die durch Umstellung ihrer Koksofen die jährliche Gasabgabe nach dem übrigen Deutschland von 85 auf 285 Millionen Kubikmeter steigern können. Nach Rücklauf der Saargebiete durch Deutschland ist auch mit einer Beteiligung des preussischen Bergbaus zu rechnen.

Pfarrer Heumanns Heilmittel

stets auch vorrätig in den Niederlagen

- Zions-Apothek Berlin N 31, Anklamer Straße 26, a. d. Ecke Brunnenstr. 5 Min. v. Rosenthaler Pl. Adler-Apothek Berlin - Friedanau, Rheinstraße 16. Friedrich-Wilhelm-Apothek Charlottenburg 2, Leibnizstraße 106. Reeges-Apothek Berlin O, Gubener Straße 33. Schweizer Apotheke Berlin W 8, Friedrichstraße 173. Kronen-Apothek Spandau, Schönwalder Str. 26. Rosen-Apothek Schwaldow-Berlin. Das Pfarrer-Heumann-Buch (272 Seiten, 156 Abbildungen) erhält jeder Leser umsonst und portofrei von Ludwig Heumann & Co., Wittenberg K. 45



Massen des Bauern- und Handwerkerturns

wurden das Ausbeutungsobjekt neuer Kräfte, die durch die Wirtschaftsumwälzungen an die Oberfläche kamen. Rohstoff- und Viehwirtschaft blühten wie noch niemals im Lande und Bauern und Handwerker gerieten in drückende Schuldennot. Hier sollten Schulze-Vorhufschützen und Raiffeisens Kreditvereine Wandel schaffen. Die Ideen fanden fruchtbaren Boden und im Jahre 1864 konnte Schulze bereits rund 500 Vorhuf- und Rohstoffvereine im Allgemeinen Verband der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zusammenfassen.

Bis zum Jahre 1865 hatten rund 45 Konsumvereine ihren Beitritt zum Allgemeinen Verband erklärt. Konsumvereine gab es um das Jahr 1882 schon in Homburg, Eisenburg und Delitzsch. In anderen Orten Deutschlands bestanden sogenannte Sparvereine, die den gemeinsamen Einkauf von Wirtschaftsgütern betrieben. Mit der zunehmenden Industrialisierung Deutschlands vollzog sich die Gründung von weiteren Konsumvereinen sehr schnell. Auch waren nun schon nicht mehr alle jene Ursachen, die in den 40er Jahren dem Genossenschaftsgedanken Eingang nach Deutschland verschafften, für die Gründung von Konsumgenossenschaften maßgebend; es waren vielmehr

„allgemeine wirtschaftliche Notwendigkeiten“

die sich immer stärker bemerkbar machten und die genossenschaftliche Entwicklung vorwärts trieben. Immer mehr wurde auch die Arbeiterklasse, die lange Zeit dem Konsumverein wenig Neigung entgegenbrachte, in diese Entwicklung einbezogen. Es mußte früher oder später der Rahmen des Allgemeinen Verbandes für die Konsumgenossenschaften zu eng werden.

Dr. Richard Fink bezieht in seinem bekannten Buch „Das Schulze-Delitzsche Genossenschaftswesen“ die Entwicklung ganz richtig, wenn er sagt, daß Schulze-Delitzsch sich den Allgemeinen Verband als ein System von Genossenschaften gedacht habe, das dem Wohl und der Aufrechterhaltung des selbständigen kleinen Unternehmertums in Stadt und Land dienen sollte. Er sagt ferner richtig, daß die alte Schulze-Delitzsche Organisation das Eindringen der Arbeiterklasse in den Allgemeinen Verband mit Freude und Stolz konstatiert habe, so lange diese nicht die Oberhand erlangte, und daß man erst

später die große Klust

gemacht wurde, die sich zwischen verschiedenen Genossenschaften aufbauen konnte und den Allgemeinen Verband über kurz oder lang zu zerteilen drohte. Bereits im Jahre 1888 hatte der Sozialreformer Huber, der die Rochdaler Genossenschaftsbewegung genau kannte, sich bereits 1882 in Bernriederode am Herz für die Errichtung einer Konsum- und Baugenossenschaft verwandt und in Berlin auch die erste Gemeinnützige Baugenossenschaft ins Leben rief, das Recht der Konsumanten auf Selbsthilfe mit folgenden Sätzen verteidigt:

„Rein berechtigtes Interesse, geldweige denn ein überwiegendes, wird durch die Genossenschaft in unberechtigter Weise gefährdet. Wohl oder werden eine gewisse Anzahl von Müller, Bäcker, Fleischer usw. und eine noch größere Anzahl von Kleinhandlern aller Art überflüssig werden. Diese werden sich nach anderen Erwerbszweigen umsehen müssen, weil ein großer Teil ihrer Kunden ihrer Vermittlung nicht mehr bedarf, sondern sich selber und wohlfeiler selber bedienen kann, und weil sie um der Kunden willen da waren und nicht umgedreht. Von einem sittlichen Unrecht hier zu reden wäre eine Aburteilung oder eine Heuchelei. Ein formales Recht wird schon nach den gegenwärtigen Gesetzen nicht verletzt, solange die Kundenschaft in der Genossenschaft bleibt. Die Genossenschaft verlangt nur gleiches Recht. Ob echte Staatsweisheit nicht mehr und anderes zur Förderung der Sache tun könnte und sollte — das lassen wir dahingestellt.“

Man sieht, daß die Konsumgenossenschaften anfangen, der Form

12000 Metallarbeiter gekündigt.

Ausperrung am 23. Juni.

Lüdenscheid, 8. Juni. (Eigenbericht.)

Nachdem in den verschiedensten Betrieben der Lüdenscheider Metallindustrie Lohnbewegungen zu offenen Differenzen, teilweise schon zu Ausperrungen geführt hatten, haben die Unternehmer gestern beschlossen, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Lüdenscheider Metallindustrie zum 23. Juni ausgesperrt werden. Von dieser Generalausperrung werden rund 12000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen.

Das schwedische Schiedsgerichtsgesetz.

Es verbietet Ausperrungen und Streiks während der Vertragsdauer.

Trotz eines kräftigen Widerstandes seitens der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung inner- und außerhalb des Parlaments hat der schwedische Reichstag nun die Gesetze betr. Kollektivverträge und das Arbeitsgericht angenommen. In bezug auf den Abschluß von Kollektivverträgen und die Proklamierung von Streiks und Ausperrungen können die Gewerkschaften und Unternehmervereine wie bisher unbehindert ihre Entscheidungen treffen. Dies bedeutet, daß hier der gegenwärtige Zustand bestehen bleibt und in dieser Beziehung kein gesetzlicher Zwangseingriff vorgesehen ist.

Das im Gesetz vorgesehene obligatorische Schiedsgerichtsverfahren bezieht sich ausschließlich auf bereits bestehende Kollektivverträge. Es bestimmt u. a., daß Kollektivverträge bindend sind für alle Mitglieder der vertragsschließenden Organisationen. Sonderabmachungen, die im Widerspruch zu den Vertragsbestimmungen stehen, sind ungültig.

Während der Vertragsdauer darf keine der Parteien Streiks oder Ausperrungen proklamieren oder ähnliche Kampfmaßnahmen treffen, ganz gleich ob diese die Einhaltung, die Durchführung oder die richtige Auslegung der Kollektivverträge oder die Durchführung von Forderungen und Bestimmungen bezwecken, die erst nach Ablauf der Verträge in Wirkung treten sollen.

Gleichfalls ist es verboten, jemandem beizustehen, dem eine derartige Handlung selber verboten ist. Die vertragsschließenden Organisationen dürfen in solchen Fällen auch nicht Sympathie-maßnahmen veranlassen resp. unterstützen, oder ihren Mitgliedern hierbei Unterstützung verschaffen. Bei Übertretung dieser Bestimmungen kann der schuldige Teil zur Zahlung eines Schadenersatzes verurteilt werden, dessen Höhe vom Arbeitsgericht festgesetzt wird. Enthalten die betr. Kollektivverträge dagegen kein ausdrückliches Verbot, so ist es im übrigen den Gewerkschaften und Unternehmervereinen gestattet, Sympathie-maßnahmen zu ergreifen.

Alle Klagen und Streitfälle über die Auslegung der Kollektivverträge sollen gemäß dem Arbeitsgerichtsgesetz einem Arbeitsgericht zur Entscheidung vorgelegt werden. Das Arbeitsgericht setzt sich aus einem Vertragsvorsitzenden und 6 Beisitzern zusammen und hat seinen Sitz in Stockholm. Gegen seine Urteile kann keine Berufung eingelegt werden.

In bezug auf die schädlichen Auswirkungen des Gesetzes auf die Tätigkeit der Gewerkschaften stimmen die Meinungen der schwedischen Arbeiterpresse nicht ganz überein. Doch herrscht die Auffassung vor, daß die Gewerkschaften auch diese Hemmungen überwinden werden, und daß vieles von der Objektivität des Arbeitsgerichtes abhängen wird. Man befürchtet jedoch, daß die Regierung, falls sie bis im Herbst stattfindenden Neuwahlen überlebt, auf dem hier eingeschlagenen Wege fortfahren und versuchen wird, gewerkschaftsfeindliche Gesetze durchzusetzen.

Wie in Sowjetrußland „geschlichtet“ wird.

Bei der Abfassung von Tarifverträgen, die in Sowjetrußland von Zeit zu Zeit erfolgt, erhalten sowohl die Bert. und Trustleitungen wie die Spitzen der Gewerkschaften von den Zentralorganen, z. B. dem Obersten Volkswirtschaftsrat oder dem „Rat für Arbeit und Verteidigung“ feste Richtlinien für die Höhe einer etwaigen Lohnaufbesserung oder für sonstige Vergünstigungen. In diesen höchsten Staatsorganen sind die Gewerkschaften vertreten. Ihre eigentliche Aufgabe besteht aber nicht darin, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten, sondern die Beschlüsse dieser Zentralorgane der Arbeiterschaft verständlich zu machen, d. h. dafür zu sorgen, daß keine „überpannten“ Forderungen gestellt werden. Die eigentlichen Tarifverhandlungen beziehen sich daher weniger auf Lohnhöhe oder Arbeitszeit, sondern nur auf nebensächliche Fragen der Arbeitsbedingungen. Wenn zwischen den Vertretungen und den Gewerkschaften keine Einigung zustande kommt, dann werden die Streitfragen schiedsgerichtlich von einer höheren Instanz entschieden, gegen die es keine Berufung gibt. Ein Streikrecht besteht überhaupt nicht; die Sowjetregierung steht auf dem Standpunkt, daß die Arbeiterschaft in ihren „eigenen Betrieben“ nicht streiken darf, weil das — „unlogisch“ wäre.

Ist das nicht der Gipfel der Verhöhnung der Arbeiter? Im Sowjetparadies ist Streiken — unlogisch! Das Hungern ist demnach — logisch und völlig in der Ordnung.

Zahlt die „Imprimatur“ G. m. b. H.?

Man schreibt uns: Die „Allgemeine Zeitung“ die in Bitterfeld, Dessau und Eisenburg etwa vier Jahre lang erschien, mußte ihr Erscheinen einstellen, da sie als demokratisches Blatt offenbar durch die Wachenschaften der reaktionären Presse zu Fall gebracht wurde. Die Beiträger sind die Arbeiter und Angestellten des Betriebes, die jetzt auf die Bezahlung ihrer rückständigen Gehälter warten. Die Berliner Geldgeber haben sich rechtzeitig vor dem Konkurs die Maschinen übereignet lassen, so daß das Konkursverfahren wahrscheinlich wegen Mangel an Masse wird eingestellt werden, ohne daß die bevorrechtigten Gehaltsforderungen erledigt werden.

Die geschädigten Angestellten appellieren daher an die „Imprimatur GmbH.“ in Berlin, ihnen die rückständigen Löhne zu zahlen, zumal sie durch die verfallene Abführung der Beiträge zur Krankenkasse und zur Erwerbslosenfürsorge geschädigt wurden.

Die Differenzen der Mühlenarbeiter in der rheinisch-westfälischen Mühlenindustrie sind beigelegt. Zwischen dem Arbeitgeberverband rheinisch-westfälischer Mühlen und den Arbeiterorganisationen ist ein Rahmen- und Lohnvertrag abgeschlossen worden. Der Rahmenvertrag hat Gültigkeit bis zum 30. Mai 1930, das Lohnabkommen bis zum 31. Januar 1929. Es gelang, im Rahmentarif wesentliche Verbesserungen zu erzielen. So ist der Urlaub von zehn auf zwölf Werktage erhöht und für die Nachtarbeiter bei der Gruppenarbeit eine Zulage von 5 Proz. erreicht worden. Der Lohnstarif sieht eine drei- bis vierprozentige Lohnerhöhung je nach Driftklasse vor.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten M. G. Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9-3 Uhr und 4-6 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfindungen für diese Rubrik sind bis zum 2. Juli, 3. Zwsp. nachh. zu richten.

Anfragen wegen der Elternbeiratswahl

an Richard Schröter, R 58, Danziger Str. 23, Telefon: Bineta 775.

2. Kreis Tegel. Wohnung, Fahrpläne der Abteilungen! Die Delegierten der 8. bis 13. Abteilung treffen sich zur Abfahrt nach Riederhöfen (Bismarckplatz) am Sonntag, 10. Juni, 11 1/2 Uhr, an der Rothensow. Ede Perleberger Straße, pünktlich.
7. Kreis Charlottenburg. Die Fahrpläne können von den Abteilungen ab 18 Uhr vom Jugendheim Nehlenstr. 4 abgeholt werden.
8. Kreis Wilmersdorf. Abteilungen 67 bis 73: Montag, 11. Juni, 20 Uhr, Versammlung bei Frau (früher Habbes), Wolzburger Str. 35. Ede Hauptstraße. Vortrag: „Was haben die Beamten der kommunistischen Regierung zu erwarten?“ Referent Genosse Dr. Jansen. Sehr wichtig! Rein Beamter darf fehlen.
18. Kreis Prenzlau. Die Arbeitsgemeinschaften am Montag, 11. Juni, 18 Uhr, am Sonntag, 10. Juni, 20 Uhr, in Riederhöfen. Die Genossinnen und Genossen treffen sich um 11 Uhr zum Komarich am Bismarckplatz. Nach dem Umarmen Feiern im Lokal Sankt Pauli, Riederhöfen-Korridor.

Heute, Sonnabend, den 9. Juni:

23. WM. Die Bezirksleiter holen „Unser Weg“ heute bestimmt vom Genossen Fieritz ab.
42. WM. „Unser Weg“ ist umgehend vom Genossen Sabat abgeholt.
- Charlottenburg, 22. WM. 20 Uhr bei Frau, Kaiserin-Augusta-Allee 52, Funktionärverein. — 23. WM. Die Bezirksleiter holen Einladungen für Juni von Frau, Huttenstr. 90, ab.
46. WM. Tempelhof. Die Bezirksleiter, die zur Elternbeiratswahl die Schulen bearbeiten, holen sich die Vertretungsschlüsse umgehend am Freitag, 10. Juni, 18 Uhr, ab.
139. WM. Tegel. Heute, Sonnabend, und Sonntag, 10. Juni, beteiligen sich die Genossinnen und Genossen an der Veranstaltung des Reichsbanners. Sonntag 12 Uhr Treffpunkt Prenzlau, Ede Hauptstraße, zum Umarmen. Versammlung, heute, Sonnabend, 20 Uhr, bei Möblich, Kaiserstraße, Mitalienerversammlung. „Die Politik im Volkswort.“ Referent Volksgesundheit Hoff, Berlin.

Morgen, Sonntag, den 10. Juni:

21. WM. Laut Beschluß der letzten Mitgliederversammlung beteiligen sich die Mitglieder an der Sommerfeier in Riederhöfen. Treffpunkt 12 1/2 Uhr bei Frau, Ullricher Str. 21, Kochhäuser: Straßenbahn 23 oder 199.

131. WM. Riederhöfen. Sonntag, 10. Juni, Pannernetze um 14 Uhr auf dem Marktplatz in Riederhöfen. Reichsbanner Oberlandesrat Radem. Eintreten um Mittag 12 Uhr auf dem Marktplatz. Mitwirkende: Deutscher Metallarbeiter-Verband, Reichsbanner, Arbeiterpartei, Gewerkschaften Riederhöfen, z. a. m. Nachher in den Gastzimmern des Lokals Sankt Pauli, Riederhöfen-Korridor. Alle Genossinnen und Genossen, auch die anderen Abteilungen, sowie Sympathisierende sind dazu herzlich eingeladen.

126. 128. WM. Prenzlau. Treffpunkt zur Pannernetze in Riederhöfen um 13 Uhr auf dem Marktplatz. Alle Genossinnen und Genossen müssen erscheinen.
122. WM. Wilmersdorf. Alle Mitglieder beteiligen sich an der Pannernetze in Riederhöfen. Treffpunkt 12 Uhr bei Frau, Prenzlau 2.
124. WM. Tegel. Alle Mitglieder beteiligen sich an der Pannernetze in Riederhöfen. Treffpunkt 12 Uhr bei Frau, am Bahnhof. Treffpunkt für Pannernetze 13 Uhr bei Frau.
128. WM. Wilmersdorf-Ost. Alle Genossinnen und Genossen treffen sich 11 1/2 Uhr am See und beteiligen sich gemeinsam an der Pannernetze in Riederhöfen.
140. WM. Tempelhof. Die Genossinnen und Genossen beteiligen sich am 14 Uhr in Tegel an der Pannernetze und Pannernetze des Reichsbanners.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde:

Gruppe Tempelhof: Sonntag, 10. Juni, Treffpunkt zur Befähigung des Flugbalens 10 Uhr Treffpunkt.

Wilmersdorf: Alle Kinder treffen sich zum Baden und Spielen am See, 11. Juni, um 10 1/2 Uhr Untergrundbahnhof Friedrichsplatz, 25 St. sind mitzubringen.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

11. WM. Unter Ebnoffe, der Parteigenosse Albert Großmann, Göttingerstr. 8, ist verstorben. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.
28. WM. Unsere Genossin Auguste Mahlow, Rohlfenstraße 90, ist am 5. Juni verstorben. Über ihrem Andenken Einführung heute, Sonnabend, 9. Juni, 18 Uhr, im Krematorium Baumhüttenweg. Wir bitten um rege Beteiligung.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einfindungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat, Berlin S 26, Lindenstraße 3

Monatsprogramme für Juli (sofort abliefern!) Die Auscheidungslämpfe für den Fortwunder Jugendtag finden Sonntag, 10. Juni, 8-12 Uhr, im Wilmersberger Stadpark, Pörschbergstraße, statt. Treffpunkt der Teilnehmer 7 1/2 Uhr Bahnhof Wilmersberg-Friedrichsstraße und Endhaltestelle der Linie 68. Der Singkreis ist am Montag, 11. Juni, pünktlich 19 1/2 Uhr, im Heim Lindenstr. 4.

Heute, Sonnabend:

- Falkplatz 11: Redlichkeit Wilmersdorf-Liederfest. Treffpunkt 11 Uhr Schulbrunn. — Schönberger Werkstatt: Treffpunkt zur Fahrt 18 Uhr Hof, Schulbrunn. — Wilmersberg-Mitte und -West: Treffpunkt zur Fahrt 18 Uhr Hof, Schulbrunn. — Wilmersberg-Mitte und -West: Treffpunkt zur Fahrt 18 Uhr Hof, Schulbrunn. — Wilmersberg-Mitte und -West: Treffpunkt zur Fahrt 18 Uhr Hof, Schulbrunn.

Morgen, Sonntag:

- Schönberger IV: Beim Hauptstr. 15, Selmaabend. — Reinholden-West: Beim Hauptstr. 15, Selmaabend. — Reinholden-West: Beim Hauptstr. 15, Selmaabend. — Reinholden-West: Beim Hauptstr. 15, Selmaabend. — Reinholden-West: Beim Hauptstr. 15, Selmaabend.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Gesellschaften: Berlin S. 14, Gehlsb. 2738, Hof 2 Tr. Sonntag, 9. Juni, Prenzlauer Berg: 16 Uhr Bezirksamt, Wilmersdorf Sportplatz Wilmersdorf. Die Redeabende sollen wegen Kennzeichnung der Redner bis 18 Uhr Hauptstr. 15, 17-20 Uhr Pannernetze im Volkshaus, Sonntag, 10. Juni, 19 1/2 Uhr, Eintreten Grundschul. Treffpunkt nachmittags und abends Grundschul. — Sonntag, 10. Juni, Friedrichshagen: Schachklub und abends Grundschul. — Sonntag, 10. Juni, Friedrichshagen: Schachklub und abends Grundschul. — Sonntag, 10. Juni, Friedrichshagen: Schachklub und abends Grundschul.

Am Mittwoch, dem 6. Juni, morgens 5 Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau und unsere gute Mutter

Sewerina Käbler

im 60. Lebensjahre.

Dies selbige hinterließ an Otto Käbler und Tochter Siglitz, Potsdamer Str. 7.

Die Erbschaft erbt am Montag, dem 11. Juni, nachm. 3 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Reichstr. Straße 101, statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin

Nachruf

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

Konrad Glados

geboren am 17. Februar 1885 zu Koblenz, am 28. Mai gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsorganisation

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Einäscherung unseres lieben Sohnes, meines lieben Bruders, sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Genossen des 2. Kreises, der 11. WM., den Kameraden des Reichsbanners, den Kollegen u. Kolleginnen des Zentralverbandes der Angestellten und den Bewohnern des Hauses 211, Wobau 75 unsern herzlichsten Dank.

Gustav Herrmann,
Frau und Sohn.

Achtung! Franko und Verpackung frei versende ich täglich frisch gepöckelte

Kirschen

in Körbchen von netto 9 Pfg. Inhalt zum Preis von 3.50 RM. per Postnachnahme. Bei Voreinsendung auf mein Postcheckkonto Stuttgart 36 660, 30 Pfg. billiger. Bestellungen auf Karte bzw. Zahlkarte genügen. Bestellen Sie sofort. Wiederverkäufer Vorzugspreise.

Albert Laukhuf, Obstversand.
Eschenau b. Hallbrunn a. N.

Papierhaus L. Juergens

jetzt Nr. 43

Qualitäts-Rabatt- u. Reklamemarken gegen Nachahmung gesetzl. geschützt seit 48 Jahren, als Spezialität

Conrad Müller
Leipzig - Schkeuditz

Neue Königsstr.

Leidau's Kornmübel

Wahlweise Fernes Aparte Muster Mäßige Preise

Katalog u. Preisliste: Neukölln

Jungfernhof 10 und Hermannstr. 10 (Tel. Neuk. 1739)



Warum die sorgsame Hausfrau eine reine Seife bevorzugt

Was gibt es doch im Haushalt nicht alles sorgsam zu reinigen: Die Wäsche, die Möbel, Türen, Wände und Böden, die Küche — alles wartet geradezu auf Sunlight Seife.

Es macht Freude, Sunlight Seife arbeiten zu sehen. Wie leicht löst sie sich zu weichem, frischduftendem Schaum und wie rasch und gründlich nimmt dieser den hartnäckigsten Schmutz hinweg! So zuverlässig arbeitet nur die gute, unverfälschte Sunlight Seife. Wo „Sunlight“, da ist beglückende Reinheit zu Hause.

- Der große Würfel zu 35 Pfg.
- Das Doppelstück zu 40 Pfg.
- Das Handstück zu 15 Pfg.

